

Die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2005 –
eine vergleichende Gegenüberstellung nach Schwerpunkten

Zusammengestellt vom Liberalen Institut
der Friedrich–Naumann–Stiftung

Bearbeitet von Dr. Horst Werner, Rainer Erkens und Sascha Tamm
V.i.S.d.P.: Kirstin Balke, Pressesprecherin, Truman-Haus, 14482 Potsdam

Vorwort

In jedem Wahljahr verfassen die Parteien Programme, die selbst die politisch Interessierten oft schon durch ihren Umfang überfordern. Zur Meinungsbildung kann es deshalb hilfreich sein, die Positionen der verschiedenen Parteien zu bestimmten Problemkreisen zusammenfassend gegenüberzustellen und gelegentlich aus liberaler Sicht kritisch zu kommentieren. Die Mitarbeiter des Liberalen Instituts der Friedrich-Naumann-Stiftung haben sich dieser Aufgabe angenommen und sich durch die programmatischen Texte gearbeitet. Das Ergebnis liegt Ihnen jetzt vor. Dabei mussten natürlich Schwerpunkte gesetzt werden. Im Mittelpunkt stehen daher die Themen, von denen wir vermuten, dass sie im Vordergrund des Wahlkampfes stehen.

Wir hoffen, dass der vorliegende Vergleich Ihr Interesse findet und Ihnen eine sachorientierte Wahlentscheidung am 18. September 2005 erleichtern wird.

Rolf Berndt
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der
Friedrich-Naumann-Stiftung

Inhalt	Seite
Ordnungspolitik, Mittelstand, Wettbewerb, Beweglichkeit im Standortwettbewerb	
Ordnungspolitik	1
Mittelstand	1
Beweglichkeit, Mobilität, Verkehr	2
Wettbewerb, z. B. Energie	2
Ostdeutschland	
Zukunft Ostdeutschlands	3
Steuern, Finanzen, Bürgergeld	
Grundlegende Einkommenssteuerreform	4
Steuerreform: finanzierbar?	4
Steuertarif	5
Steuerlast, notwendige Einnahmen	5
Einkommenssteuer: einfach, gerecht	6
Mehrwert-, Vermögen-, Erbschafts-Steuer	6
Föderalismus, Gemeindefinanzierung	7
Föderalismus, Finanzverfassung	7
Bürgergeld versus Hartz IV ...	8
Arbeitsplätze	
Arbeit und Lebensarbeitszeit	9
Facharbeiter, Tüftler, Forscher ...	9
einfache Arbeit: Brücken in der Arbeitswelt	10
Sozialstaat reformieren	
Rentenversicherung	11
Gesundheitspolitik	12
Familienpolitik	13
Bildungspolitik	
Schulen, vorschulische Bildung	14
Hochschulen	15
Berufliche Bildung	15
Forschungspolitik	16
Innenpolitik	
Innere Sicherheit	17
Zuwanderung	18
Bürokratieabbau	19
Direkte Demokratie	19
Deutschland in der Welt	
Europa	20
Sicherheitspolitik	21
Transatlantische Beziehungen	22
Globalisierung/ Entwicklungspolitik	22

Quellen

Redaktioneller Anmerkung: Die Seitenzahlen im Text beziehen sich auf die am 17. 08. 2005 im Internet verfügbaren jeweiligen pdf-Versionen der Wahlprogramme der verschiedenen Parteien.

1. **CDU/CSU:** Deutschlands Chancen nutzen. Wachstum. Arbeit. Sicherheit. Regierungsprogramm 2005-2009. Verabschiedet in einer gemeinsamen Sitzung des Bundesvorstands der CDU und des Parteivorstands der CSU. Berlin, 11. Juli 2005. (RP)
2. **SPD:** Vertrauen in Deutschland. Das Wahlmanifest der SPD. 4. Juli 2005. (WM)
3. **FDP:** Arbeit hat Vorfahrt. Deutschlandprogramm 2005. Berlin, 25. Juli 2005. (DP);
Wechsellexikon: Deutschland erneuern von A – Z., Berlin, 21. Juni 2005. (WL)
4. **Bündnis 90/Die Grünen:** Wahlprogramm 2005, Beschluss der 24. Ord. Bundesdelegiertenkonferenz vom 9./10. Juli 2005, Berlin. (WP)
5. **Die Linke.PDS:** Für eine neue soziale Idee. Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005 vom Parteivorstand am 16. Juli 2005 beschlossener Entwurf (2. Entwurf. Das Wahlprogramm soll am 27. August 2005 beschlossen werden.) (WP)

Ordnungspolitik, Mittelstand, Wettbewerb, Beweglichkeit im Standortwettbewerb

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Ordnungspolitik	<p>„Respektlos ist eine Politik, die den Menschen nichts zutraut, genauso wie eine Politik, die etwas verlangt, was nicht zu leisten ist. Respektlos ist eine Gesellschaft, die Menschen ausgrenzt, wenn sie beruflich oder privat gescheitert sind, genauso wie eine Politik, die Menschen ächtet, wenn sie erfolgreich sind. Gewohnte Rituale werden der Lage des Landes nicht gerecht. Wir alle müssen mehr für Deutschland tun. Und jeder muss bei sich selbst anfangen. So ist die Wende zum Besseren möglich. Welche Wirkung eine Politik der Klarheit und Verlässlichkeit für neue Chancen hat, zeigt der Blick auf unsere europäischen Nachbarn. Viele dieser Länder sind erfolgreicher...“ (S. 7).</p>	<p>„Nur Soziale Marktwirtschaft schafft Wachstum und Arbeit. Auch in Zukunft muss Deutschland seine Wirtschaftsordnung als soziale Marktwirtschaft gestalten. Soziale Marktwirtschaft steht für das bewährte Zusammenspiel von starker Wirtschaft, starken Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern und funktionsfähigem Sozialstaat. ...Marktwirtschaften brauchen Spielregeln und Leitplanken, damit sie auch sozial sind.“</p>	<p>„Freiheit in Verantwortung ist für Liberale die selbstverständliche Grundlage jeder gerechten staatlichen Ordnung: Für Liberale ist Freiheit nicht ihrer sozialen Bezüge entkleidet. Freiheit ist unteilbar. Gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Freiheit gehören zusammen.“ Die FDP als die Partei der Sozialen Marktwirtschaft setzt auf Wettbewerb in allen Bereichen. Nur dort, wo Wettbewerb herrscht, sprudeln Ideen für neue Produkte,...entstehen schnell genug neue Arbeitsplätze.“ „Wir bieten den Bürgern unser Gesamtkonzept der marktwirtschaftlichen Erneuerung an: Arbeit hat Vorfahrt durch Bildung und Forschung im liberalen Sozialstaat, auf den die Bürger wieder vertrauen können.“ (DP, S. 1ff.).</p>	<p>Die Grünen bezeichnen sich als „die neue Linkspartei“; im Wahlprogramm 2005 ist das konkretisiert: „Als die moderne, wertorientierte und emanzipative Kraft, die links und freiheitlich und wertkonservativ ist, geht es darum, den Gerechtigkeitshorizont zu erweitern“ (S. 2). Gleichzeitig wird die Eigeninitiative herabgesetzt. „Bürgerschaftliches Engagement ist nicht der ‚billige Jacob‘ des Wohlfahrtsstaates“. (S. 19).</p>	<p>„Die Linkspartei. PDS“ positioniert sich so deutlich an den linken – und mit Lafontaine (trotz S. 21f.) – auch rechten Rand, das alle anderen Parteien, sogar die Grünen „neoliberal“ erscheinen jedenfalls voller „sozialer Kälte“: „... es war das große Kartell der sozialen Kälte aus SPD und CDU/CSU, Grünen und FDP, das im Bundesrat gemeinsam durchbrachte, was den Menschen als ‚Reformen‘ zugemutet worden ist.“ (S. 5)</p>
Mittelstand	<p>„Vorfahrt für Arbeit heißt vor allem auch: Förderung von Mittelstand, Handwerk und Existenzgründern. Konzepte für den Mittelstand ziehen sich deshalb wie ein roter Faden durch unser Regierungsprogramm, beispielsweise bei der Deregulierung des Arbeitsmarkts, der Steuerreform, der Entbürokratisierung oder der Energiepolitik (S. 18 f.).</p>	<p>„Gut qualifizierte, zuverlässige Menschen haben Deutschland stark gemacht – Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeiterinnen und Arbeiter, Frauen und Männer. (S.15) „Politik für die Wirtschaft, das ist für uns vor allem Politik für den Mittelstand.“ (S. 17). Zwei Punkte des Innovationsprogramms „Steuerpolitik für Mittelstand“ scheiterten an der CDU/CSU, weitere 7 Punkte werden von der SPD angekündigt.</p>	<p>Die Mittelstandspolitik der FDP folgt aus ihrer Tradition der Freiheit und Verantwortung des mündigen, aktiven Bürgers, der freiwillige Solidarität als ethisches Gebot lebt, „Sekundärtugenden“ wie Fleiß, Zuverlässigkeit hoch schätzt, für eine „Kultur der Selbständigkeit“ steht, Bürokratie als ein Greuel ablehnt und eine leistungsfähige Staatsverwaltung will. Garantie des Privateigentums, gleiche Chancen im Wettbewerb, Eigenkapitalstärkung. (DP, S.1ff., 15f.,19f., 29ff.; WL, 4. Kap.)</p>	<p>Die Grünen bekennen sich zu Mittelstand und Sozialer Marktwirtschaft: obwohl sie „neoliberale Politik“, also die Politik der Gründerväter der Sozialen Marktwirtschaft verteufeln, den Mittelstand z.B. mit der „Anrechnung der Gewerbesteuer auf die Einkommenssteuer“ nach steuerlicher Diskriminierung gegenüber Konzernen etwas entlasten (S.9), Mittelständler in „Eine für alle – die grüne Bürgerversicherung“ zwingen wollen.</p>	<p>Betriebe sollen mit einer „Wertschöpfungsabgabe „in die sozialen Sicherungssysteme einzahlen.“ (S. 12). Als Beitrag für die Entlastung von Arbeitsplätzen („Lohnnebenkosten“) besticht dieser Vorschlag auf der Absurdistan-Skala. „... Gesetzl. Mindestlohn“ (S. 9). „Leistungen der Daseinsvorsorge...dürfen nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden.“ (S. 13).</p>

Ordnungspolitik, Mittelstand, Wettbewerb, Beweglichkeit im Standortwettbewerb

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Beweglichkeit: Mobilität, Verkehr	<p>„Leistungsfähige Infrastruktur sichert Mobilität... Das bis Ende 2005 befristete Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz wird durch eine effiziente Regelung für ganz Deutschland verbessert.“</p> <p>„Wir ...fördern den Wettbewerb auf der Schiene...Wir realisieren eine Transrapidstrecke in Deutschland...Wir fördern neue Formen der Infrastrukturfinanzierung...Unser Grundsatz heißt: Straße finanziert Straße.“ (S. 20f.) d.h. die LKW-Maut finanziert Verkehrsinfrastruktur.</p>	<p>„Wir wollen nachhaltige Mobilität, leistungsfähige Infrastruktur und lebendige Städte. Mobilität ist die wesentliche Voraussetzung für Wirtschaftswachstum und Beschäftigung...Mobilität ist gut und schafft Arbeitsplätze...Mobilität ist wichtig...Das gilt insbesondere für die Wirtschaft, die eine Verkehrsinfrastruktur auf höchstem Niveau fordert. Vernetzung der Verkehrsinfrastruktur... Das Planungsrecht muss wirksam gestrafft werden. Umstieg auf erneuerbare Kraftstoffe.“ (S. 24f.).</p>	<p>„Freiheit braucht Mobilität. ...Wir lehnen Gängelung bei der Wahl des Verkehrsmittels und prohibitive Verteuerungen des Verkehrs ab. ... Eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur ist das Rückgrat unserer Volkswirtschaft und des Logistikstandortes Deutschland. Seit Jahren wird aber viel zu wenig investiert. Aufgabe des Staates ist die Bereitstellung der Verkehrswege. Daneben muss er den notwendigen Ordnungsrahmen für Wettbewerb schaffen. Planung, Bau und Betrieb...können Private besser.“ (S.20)</p>	<p>Im Sinne von "Wir haben verstanden": "Mobilität schafft Freiheit." Umsetzung: Vernetzung; dabei: „Die Bahn ist das umweltfreundlichste Massentransportmittel. Wir kämpfen dafür, dass auch zukünftig in das Schienennetz mindestens in gleicher Höhe wie in das Straßennetz investiert wird.“ Dann aber: „Einen voreiligen Börsengang der Deutschen Bahn AG lehnen wir ab, weil dies zu überzogenen Kürzungen und Einsparungen zu Lasten der Fahrgäste führt.“ (S.27)</p>	<p>„Statt Dienstleistungen zu privatisieren,... wollen wir, dass öffentliche und soziale Leistungen ausgebaut werden...in öffentlichem Nahverkehr...Kurz: Millionen neuer Arbeitsplätze erfordern neben ...mehr ökologisch sinnvolle Investitionen der öffentlichen Hand und mehr private Investitionen“ (S. 7).</p>
Wettbewerb, z.B. Energie	<p>„Energie: nachhaltig und wettbewerbsfähig ...Wir setzen weiter auf erneuerbare Energien, reduzieren aber ihre zum Teil exorbitante Subventionierung...Wir setzen Schwerpunkte beim sparsamen und effizienten Umgang mit Energie...Wir brauchen die Kernkraft auch in Deutschland und stellen die Weichen für eine geordnete Entsorgung. Die Betriebsdauer der deutschen Kernkraftwerke wird sich ausschließlich an der Gewährleistung des größtmöglichen Sicherheitsniveaus jeder Anlage orientieren...Wir wollen eine offene Energie-Forschung, die nichts ausklammert. Ideologische Scheuklappen werfen Deutschland im... Wettbewerb zurück.“ (S. 19f.).</p>	<p>„Wir wollen eine moderne Energiepolitik für unser Land und global .Wir setzen auf die Märkte von Morgen: nachhaltige Stoffwirtschaft, Erneuerbare Energien, Energieeinsparung und Effizienzrevolution bei Energie und Rohstoffen und konsequente Minderung der Umwelt- und Gesundheitsrisiken....bis 2010 rund 20 Mrd. Euro neue Investitionen... Den Beschäftigten im Steinkohlebergbau geben wir auch künftig eine klare Zukunftsperspektive ...Wir stellen sicher, dass Strom- und Gasnetze zu fairen Bedingungen genutzt werden können...Wir halten am Atomausstieg fest. Bei der Umsetzung des vereinbarten Atomausstiegs ...Sicherheit des Reaktorbetriebs im Zentrum“(25f.)</p>	<p>„Mehr Arbeit braucht mehr Wettbewerb"...Wir brauchen die weitere Liberalisierung und mehr Wettbewerb bei den sogenannten Netzindustrien (Telekommunikation, Post, Bahn, Energie, Wasser) sowie die Vollendung des Europäischen Binnenmarktes auch auf den Dienstleistungsmärkten...Sollte das Energiewirtschaftsgesetz den Wettbewerb auf den Strom- und Gasmärkten nicht ausreichend gewährleisten, muß die Möglichkeit einer Entflechtung ... erwogen werden.“ (S.12). Für Pressefreiheit: „Medienbeteiligungen von Parteien müssen sowohl im Parteiengesetz wie auch in den Landespressegesetzen ausdrücklich verboten werden. Ausgenommen davon sind Presseorgane der Parteien, die ...“ (WL, 8.8, 8.7)</p>	<p>„Wer Effizienztechnologien und erneuerbare Energien heute entwickelt, hält den Schlüssel für die Lösung der Energiefragen von morgen in der Hand.“ (S.3)...Aus erneuerbaren Energien, und nachwachsenden Rohstoffen wollen wir bis zum Ende des kommenden Jahrzehnts ein Viertel der Stromversorgung, ein Viertel der Wärmenutzung, ein Viertel des Kraftstoffverbrauchs und ein Viertel der heute noch chemisch produzierten Güter herstellen. Dazu werden wir in der nächsten Legislaturperiode ein Gesetz zur Förderung regenerativer Wärmegewinnung einbringen, Offshore-Windparks ans Netz bringen, und die Einführung nachwachsender Rohstoffe gezielt fördern.“ (S.24).</p>	<p>„Nach sieben Jahren Rot-Grün bleiben elementare Herausforderungen auf der Tagesordnung: die Energiewende, die Verkehrswende, ...Union und FDP kündigen sogar an, den zaghaften Atomausstieg wieder zu beenden. Dem werden wir uns entgegenstellen!...Wir wollen Eigentums- und Machtstrukturen schrittweise verändern ...Für Umweltorganisationen streben wir mehr demokratische Mitwirkungs-, Kontroll- und Einspruchsrechte an.“ (S.12).</p>

Ostdeutschland

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	Linkspartei
Zukunft Ostdeutschlands	<ul style="list-style-type: none"> - Bilanz des Aufbaus Ost ist weit überwiegend positiv (S.21) - Strukturwandel hat in den letzten Jahren deutlich an Schwung verloren - gezielte Förderung neuer Märkte und neuer Produkte in den neuen Ländern, neue Märkte sollen erschlossen werden - Zusagen für Solidarpaktmittel bis 2019 gelten in voller Höhe - EU-Förderung soll auch 2007 bis 2013 fortgeführt werden (S. 22) - Notwendige Mittel für den Verkehrswegebau werden gesichert, verschleppte Verkehrsprojekte werden wieder aufgenommen - Ausbau der Spitzenforschung - Öffnungsklauseln in bundesgesetzlichen Regelungen ermöglichen eigene Lösungen umzusetzen: Besonders Planungs- und Genehmigungsrecht - Kombi-Lohn-Modell zur Ermöglichung zusätzlicher Arbeitsplätze 	<ul style="list-style-type: none"> - „Bis die innere Einheit erreicht ist, liegt noch eine lange Wegstrecke vor uns. Die Entwicklung einer sich selbst tragenden Wirtschaft vor allem des verarbeitenden Gewerbes verlangt noch große Anstrengungen.“ (S.20) - Die Zusagen aus dem Solidarpaket II werden vollständig erfüllt. - Investitionszulage wird über 2006 hinaus fortgesetzt oder übergeleitet in die Gemeinschaftsaufgabe regionale Wirtschaftsstruktur. - Dreiklang Investition, Innovation, Infrastruktur - klare Vorfahrtsregeln für Innovationen: bewährte Verfahrensbeschleunigungen im Planungsrecht werden bis zum Auslaufen des Solidarpakts II verlängert. - Echte Testregionen zur Deregulierung von Bundesrecht sollen entstehen - Stadtbau Ost wird über das Jahr 2009 hinaus fortgeführt 	<ul style="list-style-type: none"> - „Die FDP bekennt sich zum Aufbau Ost und zur gesamtdeutschen Solidarität.“ (S. 16) - wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik auf der Basis des Reformkonzepts der FDP bekämpft Massenarbeitslosigkeit in ganz Deutschland - „Wir stehen zum Solidarpaket II“, aber: Mittel müssen vorrangig für Investitionen eingesetzt werden. - spezifische Standortfaktoren und vorhandene Wettbewerbsvorteile müssen berücksichtigt werden - In Ostdeutschland sollen Modellregionen geschaffen werden - Förderpolitik muss neu geordnet werden: Weg vom Gießkannenprinzip, hin zur gezielten Vergabe der Mittel - Konzentration der Förderung auf gewerbliche Investitionen und insbesondere auf wirtschaftsnahe Forschung und Entwicklung - Beim Ausbau der Infrastruktur: Priorität für Verkehrsprojekte Deutsche Einheit 	<ul style="list-style-type: none"> - „Der wirtschaftliche Aufholprozess gestaltet sich langsamer und schwieriger, als von vielen erwartet wurde.“ (S. 12) - Neuausrichtung der Förderpolitik: Mittel müssen gezielter für neue Beschäftigung eingesetzt werden und dürfen nicht zur allgemeinen Haushaltsdeckung verwendet werden. - Infrastrukturinvestitionen bringen nur noch geringe Impulse, daher sollen Mittel jetzt für Bildung, Forschung und direkte Wirtschaftsförderung verwendet werden, Entwicklung von Wachstumsregionen, klein- und mittelständische Unternehmen nachhaltig unterstützen - Aufbau von Wissens-, Bildungs- und Forschungsregionen, die jungen, qualifizierten Menschen eine Perspektive geben - Fortsetzung des Programms Stadtbau Ost 	<ul style="list-style-type: none"> - „Da auch 15 Jahre nach der Herstellung der deutschen Einheit große Teile der ostdeutschen Bevölkerung zweitklassig behandelt werden, da viele von ihnen in ihrer Heimat keine Perspektive finden – muss ein Neuanfang gewagt werden.“ (S. 17) - Bund muss ostdeutschen Ländern Planungssicherheit geben bezüglich EU-Mitteln und Solidarpaket und eigenen Finanzbeziehungen - Gemeinschaftsaufgabe „Förderung der reg. Wirtschaftsstruktur“ in modernisierter Form fortsetzen - zweite Investitionswelle ist notwendig, besondere regionale Leitbildplanung - Zukunft durch Innovation und Bildung: Wissens- und Wirtschaftsausbau als Standortpolitik, Bundesprogramm zur Förderung ostdeutscher Kompetenzzentren

Steuern, Finanzen, Bürgergeld

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Grundlegende Einkommensteuerreform	<p>Bei der Einkommensteuerreform hat die Union im „Regierungsprogramm 2005 – 2009“ vom 11.7.05 keine „Reform aus einem Guss“ beschlossen (S.15ff.), wie sie im Steuerreform-Konzept von Friedrich Merz geplant war. Die Absicht, die Gewerbesteuer abzuschaffen, wurde aufgegeben. (S.17). Allerdings hat sich die Union nach Vorlage der überparteilichen Steuerreform-Vorschläge der Stiftung Marktwirtschaft vom 19.7.05 nun doch für einen Ersatz der Gewerbesteuer durch eine Steuer mit autonomem Zuschlagsrecht geöffnet. Entscheidung ist offen.</p>	<p>Gemäß der Gesamtstruktur in „VERTRAUEN IN DEUTSCHLAND. Das Wahlmanifest der SPD.“ ist die Überschrift „21. Wir wollen gerechte Steuern“ (S. 37 f.). Die Abgrenzung gegenüber Union und FDP ist sachlich unrichtig: Die Flat Tax (eine proportionale Steuer) wird fälschlich als „die einheitliche Kopfsteuer“ (ein fester Einheitsbetrag) definiert.</p>	<p>Steuerreform aus einem ordnungspolitischen Guss: Systematische Verbindung von Reform der Gemeindefinanzen, Einkommensteuer und Unternehmensbesteuerung seit 1990: Ersatz der Gewerbesteuer als notwendige Voraussetzung für ein einfaches und gerechtes Steuersystem mit steuerlicher Gleichbehandlung von Personengesellschaften und Kapitalgesellschaften. Ziel: <i>ein</i> Tarif für alle; Steuer- und Transferordnung aus einem Guss durch das FDP-Bürgergeldsystem: Steuern zahlen nach Leistungsfähigkeit, zielgenaue Hilfe nach Bedürftigkeit erhalten (DP S. 4 ff.; WL, 1.1, S. 7ff.; 1.2; 5.3, 5.5, 5.14).</p>	<p>„Einfaches Steuersystem: Alle sollen ihren Beitrag leisten, Starke mehr als Schwache“ (S. 21). Bei dieser Überschrift über das grüne Steuerreform-Konzept wissen die Grünen zweifach nicht, was sie tun: 1. Starke leisten „mehr als Schwache“ natürlich auch bei der Flat Tax. 2. Im Sozialstaat heute – und erst recht im liberalen Sozialstaat – leisten „Schwache“ nicht im Rahmen des Steuersystems, sondern erhalten Transfers, selbst im Grundsicherungskonzept der Grünen (S. 14 f.). Steuererklärung eines Arbeitnehmers auf einem Blatt (S. 21).</p>	<p>„Umverteilung von oben nach unten: Für ein solidarisches Steuersystem“ (PDS, S. 15).</p>
Steuerreform: „finanzierbar?“	<p>„Für eine Netto-Entlastung besteht angesichts der Krise der öffentlichen Haushalte vorerst kein Spielraum.“ Die ersten steuerpolitischen Maßnahmen zum 1.6.05 „werden durch den Abbau von Steuersubventionen und Ausnahmetatbeständen vollständig gegenfinanziert.“ Dadurch in 2006 erwartete „Mehreinnahmen von rund 3 Mrd. Euro für Bund, Länder und Gemeinden.“ (S. 16). Zum 1.1.07: Pendlerpauschale auf 25 Cent bis max. 50 km, „gleichmäßiger Abbau“ der Steuerfreiheit für Sonn-, Feiertags-, Nachtzuschläge...(S.17)</p>	<p>Als einzige Ausnahme von der Wahlmanifest-Praxis der SPD „Wir wollen ...“ ist der 22. Teil überschrieben „22. Solide Finanzen“. Es gelingt der SPD dabei, in zwei aufeinander folgenden Sätzen zunächst ihren „konsequenten Konsolidierungskurs“ und die Senkung der Staatsquote „auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung“ zu preisen, direkt danach aber „eine der niedrigsten Steuerquoten“ in der EU zu beklagen: Dass die Steuerquote echte Teilmenge der Staatsquote ist, wird ebenso ausgeblendet wie ihre Ursachen.</p>	<p>„Finanzierung“ der Steuerentlastung ohne Mehrwertsteuererhöhung: Stattdessen legte die FDP 2004 zum Entwurf eines Steuergesetzes eine Liste konkreter Ausgabenkürzungen und Gegenfinanzierungen vor, aktualisiert 2005 in Höhe von 34 – 36 Mrd. Euro (incl. 10% durch Arbeitsplatz-/ Wachstumseffekte) vor: im Bundeshaushalt („Liberales Sparbuch“ zu den Haushaltsberatungen 2005), Einsparungen durch Abbau von Bürokratie, Abbau von Steuervergünstigungen und Steuer-Schlupflöchern, Privatisierungen (S. 4 ff., WL, 1.1, S. 7ff.; 3.3, 3.6, 3.11; 4.2, 5.3, 5.5).</p>	<p>„Angesichts der Lage der öffentlichen Haushalte brauchen wir eine Stabilisierung der Steuereinnahmen.“ (S. 21). Kritische „Prüfung aller Staatsausgaben (Ausgabenseite)“, aber keine Konkretisierung (S. 22). Auf der Einnahmeseite wollen die Grünen als „neue Linkspartei“ fast alles wieder rückgängig machen, was sie mit der SPD als Steuergesetze verabschiedet haben, z.B.: „Steuergeschenke bei der Körperschaftsteuer“ und „Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45%“ (S. 22).</p>	<p>Die Finanzierungsseite wird zwar nicht explizit angesprochen, aber es wird auf „deutlich höhere Einnahmen“ für die öffentliche Hand als Notwendigkeit hingewiesen (S. 15): „Mehreinnahmen sind möglich durch Wiedereinführung der Vermögensteuer und höhere Einnahmen aus der Erbschaftsteuer“, Tobin-Steuer, weniger Steuervergünstigungen, ohne Steuerschlupflöcher (S.24)</p>

Steuern, Finanzen, Bürgergeld

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Steuertarif	<p>Zum 1.1. 2007: Eingangssteuersatz 12%, Spitzensteuersatz 39%; einheitliche Grundfreibeträge für Mann, Frau und Kinder in Höhe von 8.000 Euro, also 32.000 Euro pro Jahr für die vierköpfige Familie ohne sonstige pauschale Abzüge (mit sonstigen pauschalen Abzügen: 38.200 Euro.</p>	<p>Heftige Kritik an den Steuertarifen von Union und FDP (s. o.). Ein geschlossener Entwurf für ein Steuersystem liegt nicht vor. Als wichtigstes Erkennungsmerkmal dient die Millionärssteuer. Den „hohe Individualeinkommen – ab ... 250.000 (Ledige) bzw. 500.000 (Verheiratete) sollen „stärker zur Finanzierung von notwendigen staatlichen Aufgaben – vor allem für Bildung und Forschung – herangezogen werden und dafür eine 3% erhöhte Einkommensteuer bezahlen.“ (S. 38).</p>	<p>Dreistufentarif mit 4 Steuersätzen und einem Grundfreibetrag von 7.700 Euro für jeden: für Mann, Frau, Kinder. Das heißt für eine Familie mit 2 Kindern, gemeinsame Veranlagung, ohne sonstige Abzüge: für Einkommen bis 30.800 Euro: 0% für den Einkommensteil von 30.801 – 80.000: 25 %, für den Einkommensteil darüber: 35%. Bei einem Einpersonen-Haushalt: Für Einkommen bis 7.700 Euro: 0%, für den Teil des Einkommens von 7.701 – 15.000 Euro: 15%, für den Einkommensteil von 15.001 – 40.000 Euro: 25%, für den Einkommensteil darüber: 35%. (DP, S. 34)</p>	<p>Zum Steuertarif sagen die Grünen konkret nur, dass sie den Spitzensteuersatz „auf 45% erhöhen“ wollen (S. 22). Nicht ganz so konkret, aber eine Tendenz: „Strukturell wollen wir ... in der Einkommensteuer die Besteuerung von Unternehmen und Privatpersonen voneinander trennen.“ Gefahr: Wie funktioniert die Trennung zwischen ‚guten Unternehmen‘ und ‚schlechten Unternehmen‘? Auch wenig konkret oder nicht ganz ernst gemeint: „Wir wollen die Steuern für den Mittelstand auf niedrigem Niveau belassen.“ (S. 22). Denn die Steuerlast des Mittelstands ist heute zu hoch.</p>	<p>PDS: Eingangssteuersatz 15% bei einem Freibetrag von 12.000 Euro, dann linear-progressiver Tarif bis zum Spitzensteuersatz von 50% für Einkommen ab 60.000 Euro (S. 25). Für gut verdienende Facharbeiter und viele Mittelständler kann also schon der Spitzensteuersatz gelten. (Die im Juli 2005 veröffentlichte neue Einkommensteuerstatistik weist ein Durchschnittseinkommen von rund 40.000 Euro aus, von rund 70.000 Euro von Angestellten in der Mineralölindustrie.)</p>
Steuerlast, notwendige Einnahmen	<p>Die Steuerlast insgesamt soll für die gewünschten Staatseinnahmen nicht gesenkt werden, sie wird aber nicht nur wegen der familienpolitischen Komponente anders verteilt: Bei der Familienentlastung kann die Entlastung für viele Familiengeringer werden, wenn auch kleine Verdienste der Kinder auf die Elterneinkommen angerechnet würden (S. 17: „soweit er durch eigene Einkünfte des Kindes nicht ausgeschöpft wird“). „Gegenfinanzierung“ nicht über Lohnsteuer, aber z.B. die Kürzung der Pendlerpauschale (S. 17).</p>	<p>Bei der populären Begründung ihrer „Reichensteuer“ bzw. „Millionärssteuer“ verweist die SPD auf die Finanzierung notwendiger Staatsaufgaben: für Bildung und Forschung. Das allerdings ist einer der üblichen Verstöße gegen das „Nonaffektationsprinzip“ öffentlicher Haushalte. Plastisch formuliert: Auf dem Euro steht nicht drauf, woher er kommt und dass er z.B. für Schulen und Universitäten ausgegeben wird. Alles fließt in den gleichen öffentlichen Haushalt, aus dem alles bezahlt wird: gemäß ehrlichen Prioritäten ehrlicher Politik.</p>	<p>Bei den Direktsteuern muss jedem Bürger nach Einkommensteuer und Vermögensteuer mindestens die Hälfte des Einkommens bleiben. Für den Normalsteuerzahler muss aber deutlich mehr Netto vom Brutto übrig bleiben: Belastung auch durch Zwangsabgaben für Sozialversicherungen, durch Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern. Der Staat braucht andererseits zur Erfüllung hoheitlicher Aufgaben und für eine leistungsfähige Infrastruktur genügend Steuereinnahmen. Das sichert das Steuergesetz der FDP. (DP, S. 7; WL, 5.3, 5.5)</p>	<p>Weil die Grünen nicht konkret sagen, ab welcher Einkommenshöhe ihr Spitzensteuersatz von 45% gelten soll, bleibt auch unklar, ob schon gut verdienende Facharbeiter den Spitzensteuersatz zahlen müssen. Wenn aber der Spitzensteuersatz nur ab sehr hohen Einkommen bezahlt werden muss, tragen relativ wenige Spitzenverdiener auch nicht so viel bei: „zur Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich, für Bildung und Betreuung, für unsere soziale Verantwortung ...“ (S. 22)</p>	<p>Die relativ niedrige Einkommensgrenze von 60.000 Euro für den Spitzensteuersatz von 50% (S. 25) würde bedeuten, dass die Steuereinnahmen für die von der Linkspartei angestrebten Ziele stark stiegen: Wenn hohe Steuerlast nicht zusätzlich in Schwarzarbeit und andere Steuervermeidung drängt – mit umso höherer Steuerlast und umso höheren Lohnzusatzkosten für die, die nicht ausweichen können.</p>

Steuern, Finanzen, Bürgergeld

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Einkommensteuer: einfach, gerecht	<p>Die Einkommensteuer wird einfacher durch die Beseitigung vieler Steuerprivilegien und das Schließen von Steuerschlupflöchern in der Bemessungsgrundlage, auf die der Steuertarif angewendet wird. Das macht wie beim Steuerkonzept der FDP die Einkommensteuer auch gerechter, im Gegensatz zur „Reichensteuer“ oder „Millionärssteuer“, bei der Steuerprivilegien und Steuerschlupflöcher nicht beseitigt werden. Relativ konkret ist die Verbreiterung der Bemessungsgrundlage. Weil die Union aber keinen ausformulierten Gesetzestext vorgelegt hat, kann die Frage „gerecht?“ auch nicht konkret beantwortet werden (S. 16f.).</p>	<p>Wie die PDS/Linkspartei und die Grünen, stellt die SPD soziale Gerechtigkeit in den Vordergrund: „Wir wollen gerechte Steuern“ (S. 37). Das SPD-Steuerprogramm erfüllt dafür allerdings nicht die notwendige Bedingung: konsequente Steuervereinfachung mit konkreten Maßnahmen. Stattdessen gibt es nur allgemeine Aussagen: „Wir streben eine effektivere Anwendung des Steuerrechts durch Vereinfachung an.“, „Wir unterstützen Bemühungen, praktische Formen einfacher Steuererklärungen zu ermöglichen.“ (S. 37).</p>	<p>Für die meisten Steuerzahler wird die Lohn- und Einkommensteuererklärung so einfach, dass sie auf ein Blatt passt. Der einfache Stufentarif für private Haushalte macht es auch leicht, die Steuerlast ohne Tabellen zu berechnen, die man im linearprogressiven Steuertarif braucht. Die Steuererklärung wird dadurch vereinfacht, dass die vielen Ausnahmen und Schlupflöcher im Steuerrecht beseitigt werden. Diese Vereinfachung macht die Einkommensteuer auch gerechter als die „Reichensteuer“; die Beseitigung der Steuerschlupflöcher entlastet vor allem mittlere Einkommen, mehr Arbeitsplätze bei Steuern und Sozialabgaben (DP, S. 8ff.)</p>	<p>„Steuervergünstigungen und Steuersubventionen abbauen und Steuerflucht bekämpfen“ für Staatsaufgaben und Haushaltskonsolidierung, auch als „ein Beitrag für mehr Gerechtigkeit.“ (S. 21). Konkretisierung fehlt.</p>	<p>Weil konkrete Aussagen zur Steuervereinfachung fehlen, ist eine konkrete Antwort auf die Frage „gerecht?“ nicht möglich. Durchgehend wird das Steuerprogramm in seinem <i>Anspruch</i> der Überschrift im ersten Teil gerecht: „Umverteilung“ (S.24). Ob das <i>in der Praxis tatsächlich</i> durchweg „von oben nach unten“ funktioniert, bleibt ohne Konkretisierung unklar. Ob das PDS-Steuer-system „ein solidarisches Steuersystem“ sein würde, bleibt im Gegensatz zum FDP-Bürgergeld offen (S.25)</p>
Mehrwert-, Vermögen-, Erbsch-Steuer	<p>Mehrwertsteuererhöhung zur Senkung der Lohnzusatzkosten bei der Arbeitslosenversicherung (s. 13). Bei der dafür notwendigen Reform der Sozialversicherungssysteme wenig konkret: „Wir ... verbinden dies mit zukunftssträchtigen Strukturveränderungen in den sozialen Sicherungssystemen.“ (S. 13). Ehegattensplitting bleibt (S. 17), Abgeltungssteuer, aber ohne Steuerersatz, Körperschaftsteuer von 22%, Grenze für Ist-Besteuerung im Umsatzsteuerrecht soll auf 1 Mio. Euro (S. 16f.) erhöht werden.</p>	<p>Sybillinisch zur Mehrwersteuererhöhung: „...würde die sich abzeichnende wirtschaftliche Erholung gefährden.“ (S. 39). „Wir wollen die Gewerbesteuer als kommunale Steuer erhalten.“ „An der Steuerfreiheit von Sonn-, Feiertags- und Nachtarbeitszuschlägen halten wir fest.“ „Mindeststeuersätze für Unternehmensgewinne auf Ebene der EU“, „die private Erbschaftsteuer... werden wir sozial gerecht und verfassungsfest umgestalten“, „ einheitliche Mindeststandards bei Hedge-Fonds“ (S. 38 f.)</p>	<p>Die FDP ist „gegen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer“ (DP S. 12), sie will bei der Umsatzsteuer genereller Übergang von der Soll- zur Ist-Besteuerung, um den auf 20 Mrd. Euro geschätzten Umsatzsteuerbetrug wirksamer zu bekämpfen. Abgeltungssteuer von 25%. Stundung der Erbschaftsteuer „auf Betriebsvermögen bei Fortführung des Unternehmens durch die Erbengeneration“. Bankgeheimnis wieder eingeführt, statt wie heute Sparer unter den Generalverdacht der Steuerhinterziehung zu stellen. Keine Vermögensteuer (DP, S.10ff.).</p>	<p>„Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer lehnen wir ab.“ „Abschmelzen des „Ehegattensplittings“. „Tobin-Steuer“, „europaweite Kerosinsteuer“, „Mindestbesteuerung von Unternehmen“, Einkommensteuerpflicht auch für im Ausland lebende Staatsbürger: Anrechnung der „im Ausland bereits geleisteten Steuern auf die Einkommensteuerschuld“. „Wir wollen steuerliche Schlupflöcher bei Alkohol und Tabak schließen.“ „ Neueinführung der Vermögensteuer auf private Vermögen“ höhere Erbschaftsteuer (S. 21 f.).</p>	<p>Keine Erhöhung der Mehrwertsteuer (PDS, S. 25). Abschaffung des Ehegattensplittings, Anhebung der Pendlerpauschale auf 40 Cent, Steuerfreiheit der Zuschläge für Sonn-, Feiertags- und Nachtzuschläge beibehalten, „Wiedereinführung der Vermögensteuer“: ab einem Vermögen von 300.000 Euro pro Person. „Auch die Erbschafts- und Schenkungsteuer sind zu erhöhen.“ Börsenumsatzsteuer (S. 24f.).</p>

Steuern, Finanzen, Bürgergeld

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Föderalismus, Gemeindefinanzen	<p>Ja zur Föderalismusreform, aber keine konkreten Vorschläge zur Umsetzung des Subsidiaritätsprinzips vom Bürger über die Gemeinden.. Dafür Betonung der Subsidiarität bei Ländern, Bund und EU: „Darüber hinaus wollen wir eine verbesserte Mitwirkung von Bundestag und Bundesrat an der europäischen Rechtsetzung sowie eine stärkere Kontrolle des Grundsatzes der Subsidiarität, damit auch europäische Entscheidungen möglichst bürgernah getroffen werden.“ Konkretere Forderungen zur Abgrenzung von Kompetenzen und zur Aufhebung von Blockaden im „Beteiligungsföderalismus“: „Wir reduzieren den Anteil der zustimmungspflichtigen Gesetze im Bundesrat.“ (S. 32f.).</p>	<p>Kein Kapitel zur Föderalismus-Reform, aber allgemein gehaltene Tendenzaussagen unter" Lebendige Demokratie und offene Gesellschaft": „Wir wollen starke und finanzkräftige Kommunen" (S. 11).</p>	<p>Die Gemeinde ist für Liberale die Ebene, bei der Staatsaufgaben am effizientesten und bürgernah wahrgenommen werden: wo immer die Bürger sie nicht selbst oder in freiwilligen Verantwortungsgemeinschaften übernehmen können. Erst wenn gemäß diesem Subsidiaritätsprinzip die Gemeinde die Aufgabe nicht übernehmen kann, werden (in dieser Abfolge) Länder, Bund und die EU zuständig. Damit die Bürger wissen, wer wofür verantwortlich ist, müssen die Zuständigkeiten klar zugeordnet werden. Dazu gehört die Neuordnung der kommunalen Finanzen im Rahmen einer grundlegenden Reform der Einkommensteuer und der Unternehmensbesteuerung: mit autonomem Zuschlagsrecht (DP, S. 6, 40, 45).</p>	<p>„Wir stehen zur kommunalen Selbstverwaltung... Sie stärkt die Handlungsfähigkeit vor Ort und ermöglicht eine aktive Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger.“ Aber anderer Weg als die FDP: „ Wir halten an der Gewerbesteuer fest und wollen sie zu einer kommunalen Wirtschaftssteuer weiterentwickeln....Die Grundsteuer wollen wir in ihrem Charakter als kommunale Vermögensteuer und als Gegenleistung für die kommunale Infrastruktur stärken.“ (S. 47). Das bedeutet faktisch den Verzicht auf eine einfache Einkommensteuer (21f.).</p>	<p>„Die Linkspartei.PDS steht für einen kooperativen, solidarischen Föderalismus.“ „Dazu gehört eine angemessene und aufgabengerechte Finanzausstattung für die Kommunen sowie die Verankerung von kommunalen Beteiligungsrechten und des Grundsatzes im Grundgesetz, wonach derjenige, der Aufgaben an die Kommunen überträgt, auch für deren vollständige Finanzierung geradestehen muss.“ (S. 21).</p>
Föderalismus, Finanzverfassung	<p>„Wir bauen Mischfinanzierungen ab bei gleichzeitiger finanzieller Absicherung der fortbestehenden Länderaufgaben. In die ausschließliche Länderzuständigkeit wird der Bund künftig nicht hinein finanzieren.“ (S. 33).</p>	<p>Kein Kapitel zur Föderalismus-Reform, aber allgemein gehaltene Tendenzaussagen (s.o.): „Es muss klar sein, wer Verantwortung trägt im Staate. Taktische Blockaden und Lähmungen zwischen Bundestag und Bundesrat müssen ein Ende haben Wir werden einen neuen Anlauf unternehmen zur Reform der Bundesstaatlichen Ordnung. Föderalismus ...braucht Klarheit in der Verantwortung und Klarheit in der Kooperation zwischen Bund und Ländern". (S. 11)</p>	<p>„Das was der Bürger selbst entscheiden kann, soll die Politik nicht entscheiden dürfen.“ Wo Politik entscheiden darf, gilt für die Kontrolle durch die Bürger: „Jede Ebene des Staates braucht eigene klare Kompetenzen, damit der Bürger erkennen kann, wer was entscheidet.“ „Trennung von Aufgaben“. „Jede staatliche Ebene braucht eigene, gesicherte Einnahmequellen. Für die Bürger muss sichtbar sein, wer welche Steuern erhebt und wer welche Ausgaben tätigt.“(DP, S. 40; WL, 1.1, S. 25; 2.1ff.).</p>	<p>Grundtendenz ähnlich wie bei FDP: „Der bundesdeutsche Föderalismus muss grundlegend reformiert werden... Wir wollen diese Reform, auch um die Parlamente in Bund und Ländern zu stärken...Wir wollen den Landesparlamenten wieder mehr eigene Zuständigkeit übertragen...Eine Reform der Finanzverfassung muss die Steuerautonomie der Länder stärken und zugleich den solidarischen Finanzausgleich sichern.“ (S. 47).</p>	<p>„Die Gestaltungsmöglichkeiten der Länder müssen erheblich erweitert, die Kompetenzen der Landtage gestärkt werden. Es geht um mehr Demokratie, mehr Transparenz, mehr Bürgernähe sowie mehr Handlungs- und Gestaltungsspielraum für diejenigen, die den sozialen Problemen am nächsten sind.“ (S. 21)</p>

Steuern, Finanzen, Bürgergeld

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Bürgergeld versus Hartz IV, Grundsicherung (Grüne, PDS), Kombilohn der Union	<p>Die Union schlägt im Regierungsprogramm einen „Kombi-Lohn“ in so vagen Umrissen vor, dass es verwundert, wie das Berliner DIW hat berechnen können, dass das Kombilohn-Modell der Union „unfinanzierbar“ sei. In der strategischen Zielsetzung stimmt es für mehr Arbeitsplätze im Niedriglohnbereich mit dem FDP-Bürgergeld überein; die unmittelbare Verzahnung mit der Einkommensbesteuerung fehlt aber ebenso wie die Verzahnung mit der Reform des Arbeitsmarktes: „Wir wollen, dass die Menschen im ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze haben. Wir wollen daher ein Kombi-Lohn-Modell einführen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Betriebe in die Lage versetzt, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen.“ (S. 13; auf S. 22 steht derselbe Text noch einmal).</p> <p>Hartz IV wird nicht durch eine ordnungspolitisch saubere Brücke in die Arbeitswelt ersetzt: „Wir werden die Umsetzung von Hartz IV optimieren... Wir werden vor allem die Organisationsstruktur überprüfen und allen Kommunen die Option einräumen ...“ (S.13).</p>	<p>„Wir wollen mehr Arbeit schaffen und weniger Arbeitslosigkeit haben in Deutschland.“ (S. 17). Eigene Worte wie „Arbeitslosengeld II“ werden hier sorgsam vermieden; „Hartz IV“ (nur in Klammern) wird nur in den positiven Zusammenhang gestellt: „Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe (Hartz IV)“. Der Satz geht diskussionswürdig weiter: „Mit... (Hartz IV) haben wir eine Grundversicherung für alle arbeitsfähigen Langzeitarbeitslosen eingeführt.“ (S. 19): Arbeitsfähige in Arbeit auf dem ersten Arbeitsmarkt helfen muss erstes Ziel sein. Statt Konkretisierung dazu: „Mit unserer großen Arbeitsmarktreform ist es gelungen, neue Wege aus der Arbeitslosigkeit in Beschäftigung zu eröffnen.“ (S. 18). „Der eingeleitete grundlegende Umbau der Bundesanstalt für Arbeit (BA) zu einem modernen Dienstleister am Arbeitsmarkt wird Ende 2005 abgeschlossen sein. Die BA wird dann den Arbeitssuchenden die bestmögliche Dienstleistung zur Verfügung stellen. Arbeitssuchende und offene Stellen werden künftig sehr viel schneller zusammengebracht.“ (S. 18f.).</p>	<p>Das FDP-Bürgergeld vermeidet in seiner Version von 1993–2005 und in seiner Aktualisierung durch den Kölner Beschluss vom 6. Mai 2005 (auf der Grundlage der Ergebnisse der Pinkwart-Kommission) die elementaren Fehler aller Kombilohn-Experimente und von Hartz IV/ ALG II, weil es ein Konzept aus einem ordnungspolitischen Guss ist, das nicht nur Löhne subventioniert wie der Kombi-Lohn, sondern ein integriertes Sozialsystem ist, das die Vielzahl bisheriger Transfers bündelt.</p> <ul style="list-style-type: none"> - Keine Unterscheidung zwischen Hilfe im Westen oder im Osten, weil zielgenau nach Leistungsfähigkeit/Bedürftigkeit: ob in Neubrandenburg oder Wilhelmshaven, ob in Gelsenkirchen oder Cottbus. - Keine Vermischung von steuerfinanzierter Sozialhilfe, steuerfinanzierter Arbeitslosenhilfe mit beitragsfinanziertem Arbeitslosengeld. - Keine Flickschusterei wie bei Hartz IV, weil die Anreize für Arbeitsplätze zu schwach und die Hilfe nicht zielgenau ist. - Durch Verzahnung mit Steuerreform Hilfe für Familien und Vereinbarkeit von Kindern und Beruf. - Senkung der betrieblichen Arbeitskosten in Ost und West, damit überhaupt genügend Arbeitsplätze angeboten werden, parallel zur Reform Arbeitsmarkt (DP, S. 7ff.; WL, 5.14). 	<p>„Mit der rot-grünen Steuerreform, der Senkung der Lohnnebenkosten, den Reformen in den sozialen Sicherungssystemen und auf dem Arbeitsmarkt haben wir die Rahmenbedingungen für Unternehmen und neue Arbeitsplätze deutlich verbessert“. Für die Arbeitsplätze-Bilanz seien aber andere verantwortlich: „Trotzdem haben viele Unternehmen, die von diesen Reformen profitierten, das Versprechen der Wirtschaft, bei Entlastung Arbeitsplätze zu schaffen, nicht eingelöst. Die Arbeitslosigkeit ist weiter dramatisch hoch.“ (S. 9), „die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen wirkt ... besonders beschäftigungshemmend und führt zu unzureichenden Löhnen, wenig regulärer Beschäftigung ... Die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sind regelrechte Barrieren für Beschäftigung. Andere Länder haben in diesem Bereich wesentlich mehr Arbeitsplätze.“ (S.11) Also: „Arbeit muss sich lohnen – Mindestlöhne vereinbaren“, „Mit der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe ... Schritt in Richtung einer sozialen Grundsicherung gegangen.“ (S. 13 f.).</p>	<p>„Weg mit Hartz IV!“ Statt Hartz IV: „Wir wollen mit denselben finanziellen Mitteln und durch ihre Kombination mit anderen Fonds reguläre, versicherungspflichtigen und existenzsichernde Arbeitsplätze schaffen. „Und die Arbeit der Betroffenen soll für sie selbst und für die Unternehmen lohnender werden – nicht durch Kürzung der Nettolöhne, sondern durch gezielte Lohnkostenzuschüsse aus öffentlicher Hand. ... Lohnkürzungen und eine Ausweitung des Niedriglohnssektors, wie von anderen Parteien gefordert, sind kein gangbarer Weg zu mehr Beschäftigung.“ (S.8f.) Anders als die FDP sagt die PDS aber nicht konkret, wie mit Zuschüssen „zielgenau“ in Arbeit geholfen werden soll. Für Betriebe bezahlbare Löhne, aufgestockt durch Zuschüsse, werden so durch die Ablehnung produktivitätsgerechter Lohnsätze oft faktisch ausgeschlossen. Stattdessen: „Gesetzlichen Mindestlohn einführen“, „Arbeit umverteilen“, Ausbau Tarifautonomie (S. 9f.)</p>

Arbeitsplätze

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Arbeit und Lebensarbeitszeit	<p>„Die Zahlen der Langzeitarbeitslosen und der arbeitslosen Jugendlichen sind überdurchschnittlich angestiegen; fast nirgendwo sonst in den Industriestaaten gibt es so wenige Ältere über 55 Jahre, die noch am Erwerbsleben teilhaben können; fast nirgendwo sonst gibt es so viele Geringqualifizierte, die keine reguläre Arbeitsmöglichkeit finde.“ (S. 4). „Sobald es die Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt erlauben, kommt auch eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters in Frage.“ (S. 28).</p>	<p>„Arbeit schafft Wohlstand.“ (S.18). „Die unzeitgemäßen Anreize zu möglichst früher Verrentung wurden abgebaut.“ Kampf gegen illegale Beschäftigung, Flexibilität in der Arbeitszeit ist Sache der Tarifparteien. „Den Trend der Verdrängung Älterer aus dem Arbeitsleben wollen wir stoppen.“ Mittel dazu sind lebenslanges Lernen, Lohnkostenunterstützung und Förderung von „regionalen Beschäftigungspaketen“ für Ältere. Dafür sollen 250 Mio. Euro zur Verfügung stehen.</p>	<p>„Leistung muss sich lohnen: „Nur in einer Ordnung der Freiheit machen die Menschen aus ihrem Streben nach persönlichem Glück Chancen für alle, nehmen sie neue Herausforderungen mit Zuversicht an, erproben neue Wege für eine bessere Zukunft, bringen Deutschland wieder an die Spitze in Bildung und Forschung.“ (DP, S. 2). „Die beste Politik für den Jobmotor Mittelstand ist eine gute Ordnungspolitik (DP, S. 9). „Liberaler Frauenpolitik baut auf die Qualifikationen, Stärken und die Leistungsbereitschaft der Frauen.“ (DP, S. 35). „Ältere Menschen wollen etwas leisten. Und mit zunehmendem medizinischem Fortschritt wird die Leistungsfähigkeit auch oberhalb des Verrentungsalters wachsen.“ (S.36).</p>	<p>„Wir fordern...die Neugestaltung der Lebensarbeitszeiten.“ (S. 9). Frage: wie? Einerseits Einsicht: „Die Ausgrenzung von älteren Menschen durch Vorruhestandsregelungen ist nicht akzeptabel. Statt mehr Menschen in Arbeit zu bringen, führen sie mittelfristig meist sogar zu Jobabbau.“ Andererseits wie es gefällt: „Wir werden Maßnahmen ergreifen mit dem Ziel, Arbeit zu verkürzen...Die vorhandene Arbeit könnte so in bestimmten Bereichen auf mehr Schultern verteilt werden.“ Ist Arbeit doch so etwas wie Butter, die man nur gleichmäßiger auf dem Brot verteilen muss? Aber Einsicht: „Wir wissen um die Schwierigkeiten eines solchen Vorschlags.“(S. 13)</p>	<p>„Arbeit umverteilen Der Trend, die Arbeitszeiten wieder zu verlängern, meist ohne Lohnausgleich, muss gestoppt und umgekehrt werden. Ein erster wichtiger Schritt ist eine wirksame Begrenzung der Überstunden ... Wir unterstützen die Gewerkschaften, wenn sie versuchen, Arbeitszeitverkürzungen zu vereinbaren Arbeitszeitverkürzungen sind auch notwendig, um junge Menschen, die gerade eine Ausbildung durchlaufen haben, berufliche Perspektiven zu eröffnen.“ (S. 9f.).</p>
Facharbeiter, Tüftler, Forscher,...	<p>„Rot-Grün wollte die Ausgaben des Bundes für Forschung und Wissenschaft verdoppeln, real sind sie in den letzten 7 Jahren gesunken. Im Bericht zur technologischen Leistungsfähigkeit heißt es, dass Deutschland ohne die Automobilindustrie nicht mehr als High-Tech-Land bezeichnet werden könne.“ (S. 4) „Spitzenlöhne sind auf den Weltmärkten nur durch Spitzenprodukte.. zu erwirtschaften. ‚Made in Germany‘ muss ...wieder das Signum einer leistungsfähigen Ges. werden“ (S. 9).</p>	<p>„Gut qualifizierte, zuverlässige Menschen haben Deutschland stark gemacht - Unternehmerinnen und Unternehmer, Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Frauen und Männer. ...Wir setzen auf gute Bildung und Qualifikation ... auf eine exzellente und offene Forschungsinfrastruktur, auf hervorragende Ausbildung und günstige Rahmenbedingungen für die Entwicklung neuer Märkte.“ (S.15f)</p>	<p>„Arbeit hat Vorfahrt durch Bildung und Forschung in einem liberalen Sozialstaat, auf den die Bürger wieder vertrauen können.“ (DP, S. 1). „Deutschland hat im internationalen Wettbewerb nur dann eine Chance auf dauerhaft gut bezahlte Arbeitsplätze, wenn wir neue Ideen entwickeln, in die technologische Praxis übertragen und in wettbewerbsfähige Produkte umsetzen.“ (S.22). „Besonders in Ostdeutschland...: Die Förderung soll auf wirtschaftsnahe Forschung und Entwickl. ... konzentriert werden.“(S.16)</p>	<p>„Die Grünen stehen in einer wachstumskritischen Tradition.“ ...Gleichzeitig ist eine Überwindung der drückenden Erwerbslosigkeit ...ohne wirtschaftliche Dynamik nicht denkbar. Die zentrale Herausforderung für eine zukunftsfähige Wirtschaftspolitik liegt in der Entkoppelung von Wirtschaftswachstum und Naturverbrauch.“ Grüner Erkenntnisgewinn ist hier unübersehbar: Ja, die Ökonomie ist tatsächlich die Lehre vom sparsamen Umgang mit Ressourcen- immer.</p>	<p>„Zukunft durch Innovation und Bildung Wir plädieren für eine neue Art Industriepolitik im Osten und in strukturschwachen Regionen generell – für eine Industriepolitik, die vor allem Zukunftsbranchen ...profilieren und zu Kristallisationskernen (Cluster)...machtDie Potenziale hoch qualifizierter Frauen sollten besser genutzt werden.“ (S. 18f.).</p>

Arbeitsplätze

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
einfache Arbeit: Brücken in Arbeitswelt	<p>„Wir wollen, dass die Menschen im ersten Arbeitsmarkt Arbeitsplätze haben. Wir wollen daher ein Kombi-Lohn-Modell einführen, das sowohl die Aufnahme einfacher Arbeiten durch eine ausgewogene Kombination aus Arbeitslohn und Sozialleistung lohnend macht, als auch die Betriebe in die Lage versetzt, zusätzliche Arbeitsplätze für einfache Tätigkeiten neu zu schaffen.“ (S. 13; auf S. 22 steht derselbe Text noch einmal). Das CDU-Kombi-Lohn-Modell stellt eine Lohnsubventionierung dar – kein Bürgergeld (s.o.)</p>	<p>„Vom langfristigen Ziel der Vollbeschäftigung lassen wir nicht ab; wir wollen ihr näher kommen: Arbeit sicher Lebensunterhalt. Arbeit ist Selbstverwirklichung. Arbeit schafft Wohlstand. Arbeit ist Teilhabe an der Gesellschaft. ... „Haushaltsnahe Dienstleistungen gewinnen eine immer größere Bedeutung. Wir unterstützen dies und prüfen, wie diese Tendenz zusätzliche Impulse bekommen kann.“ (S. 17f.)</p>	<p>Abgeleitet aus dem liberalen Menschenbild: „Weiterhin muss für die Menschen wieder klar werden, was wohlfahrtsstaatliche Bevormundung im Westen und realer Sozialismus im Osten als Erfahrung zurückgedrängt haben: gelebte, freiwillige, nicht von oben verordnete Solidarität“. (DP, S.2). Für einfache Arbeit im Niedriglohnbereich heißt das: Bürgergeld, das produktivitätsgerechte, für Betriebe bezahlbare Löhne, durch steuerfinanzierte Zuschüsse der Bürger zu einem ausreichenden Einkommen auch bei einfacher Arbeit aufstockt. (DP, S. 7ff.).</p>	<p>„Gerade im ...unteren Lohnbereich schließen die hohen Lohnnebenkosten Menschen vom Zugang zum Arbeitsmarkt aus. Die Schere zwischen Brutto- und Nettoeinkommen wirkt hier besonders beschäftigungshemmend und führt zu unzureichenden Löhnen, wenig regulärer Beschäftigung und ein Abgleiten in die Schwarzarbeit. Die Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich sind regelrechte Barrieren für Beschäftigung.“ Hilfe: „Zuschüsse ähnlich wie Steuersätze ... langsam ansteigen lassen (S.11).</p>	<p>Mindestlohn von 1.400 Euro brutto für Vollzeitbeschäftigte, gesetzliche Höchstarbeitszeit, durchschnittlich, regelmäßig 40 Std., „ Arbeit umverteilen“: „Teilzeitbeschäftigung ist durch vollwertige soziale Absicherung bei Krankheit, Arbeitslosigkeit und Alter zu fördern.“ (S. 9f.); Frage: Was heißt hier „vollwertig“? Im Sozialhilfegesetz garantierte Ansprüche? Rente wie bei Vollzeitarbeit?) Arbeitszeitverkürzung, auch „in Zukunft“ (S. 10).</p>
Flexible Arbeit, betriebsnahe Einigung	<p>„Wir sichern betriebliche Beschäftigungsbündnisse rechtlich ab...Wenn Arbeitgeber und Belegschaft erst dann betriebliche Bündnisse zur Rettung von Betriebsstandorten und Arbeitsplätzen schließen können, wenn bereits der Konkurs bevorsteht oder Abwanderungspläne konkret werden, ist es oft zu spät. Betriebliche Bündnisse müssen geschlossen werden, solange der Betrieb noch die Kraft hat, im Wettbewerb in die Offensive zu gehen. Deshalb werden wir für betriebliche Bündnisse für Arbeit eine rechtliche Grundlage schaffen.“ (S. 12).</p>	<p>„Die von Union und FDP gewollte weitgehende Abschaffung des Kündigungsschutzes wird es mit uns nicht geben,...Tarifverträge ermöglichen bei Bedarf flexible Lösungen, die insbesondere auf Beschäftigungssicherung auszurichten sind. Es ist Aufgabe der Tarifparteien, diese Flexibilität gemeinsam weiter zu entwickeln. Gesetzliche Eingriffe in die grundgesetzlich garantierte Tarifautonomie lehnen wir ab.“(23f.).</p>	<p>„Was für den Betrieb und den Erhalt von Arbeitsplätzen gut ist, wissen die Mitarbeiter selbst am besten. ... Wenn 75% aller Beschäftigten eines Betriebes oder der Betriebsrat für eine Abweichung von tarifvertraglichen Regelungen stimmen, muß diese Abweichung möglich sein – und zwar ohne daß die Funktionäre eine solche betriebliche Vereinbarung verhindern können. Die gesetzliche Öffnung des Flächentarifs, die Legalisierung von betrieblichen Bündnissen für Arbeit und die Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeitserklärung würden die Tarifverträge endlich dem Wettbewerb unterwerfen.“ (DP, S. 13).</p>	<p>„Für eine neue TarifpolitikIn vielen lokalen Bündnissen für Arbeit zeigen Arbeitgeber und Gewerkschaften, wie Flexibilität und Sicherheit verbunden werden kann. Lohndumping, Eingriffe in die Tarifautonomie, den Kündigungsschutz oder die Mitbestimmung lehnen wir ab. Arbeit muss sich lohnen –Mindestlöhne vereinbaren“. (S. 13). „Auch für die Europäische Gesetzgebung muss das Ziel der Arbeitszeitverkürzung und nicht der –verlängerung Priorität bekommen.“ (S. 13).</p>	<p>„Wir wollen die Tarifautonomie und die Mitbestimmung im Betrieb ausbauen. Der Anspruch auf Kurzarbeitergeld für bei Streiks ‚kalt‘ ausgesperrte Beschäftigte soll wieder eingeführt werden.“ (S. 10). „Kapitalmacht begrenzen“: Ausbau der Mitbestimmung wird nicht nur bei der Umverteilung von Arbeit gefordert, sondern auch gegen die „Kapitalmacht“. Die „Mitbestimmung soll ausgebaut werden“. (S. 10).</p>

Sozialstaat reformieren

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Rentenversicherung	<p>- „Die gesetzliche Rentenversicherung wird immer eine wichtige Säule der Alterssicherung sein, aber sie bedarf zur Lebensstandardsicherung dringend der privaten Ergänzung.“ (S.28)</p> <p>- Verlängerung der Lebensarbeitszeit ist notwendig: kürzere Ausbildungszeiten, früherer Berufseintritt, bessere Beschäftigungschancen für Ältere, bei besseren Bedingungen auf dem Arbeitsmarkt auch schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters</p> <p>- Kinderbonus für ab 1.1.2007 neugeborene Kinder: 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung, gilt für Kinder bis zum 12. Lebensjahr, Finanzierung durch Abschaffung der Eigenheimzulage</p> <p>- Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung soll langfristig auf dem heutigen Niveau bleiben</p> <p>- Höher Stellenwert für private und betriebliche Arbeitsvermittler, komplizierte Regelungen sollen vereinfacht werden, Einbeziehung selbst genutzten Wohnraums in die private Altersvorsorge.</p>	<p>- „Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung.“ (S.35)</p> <p>- Ziel: Menschen sollen auch im hohen Alter Anerkennung finden, aktiver Teil unserer Gesellschaft sein und in materieller Sicherheit leben können</p> <p>- Ablehnung von Vorschlägen, die gezahlten Renten zu kürzen, Wenn Einkommen und Beschäftigung insgesamt steigen, werden auch in Zukunft die Rentner daran teilhaben.</p> <p>- faktisches Renteneintrittsalter soll an das gesetzliche von 65 Jahren herangeführt werden</p> <p>- weitere Stärkung der betrieblichen und privaten Altersvorsorge, weitere Förderung einer zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge</p>	<p>- „Die umlagefinanzierte gesetzliche Rentenversicherung kann ... in Zukunft nur noch eine Basissicherung bieten.“ (S.11)</p> <p>- Ziel: generationengerechte und wirtschaftsverträgliche Rentenpolitik</p> <p>- Beitragssatz der GRV soll langfristig bei 19% bleiben.</p> <p>- Basissicherung muss stärker als heute durch private und betriebliche Vorsorge ergänzt werden</p> <p>- Lebensarbeitszeit muss besser ausgeschöpft werden: Senkung des Berufseintrittsalters, Anreize zur Frühverrentung abschaffen, Möglichkeiten für Renteneintritt mit 60 Jahren bei höheren Abschlägen mit unbegrenzter Hinzuverdienstmöglichkeit, nach 45 Beitragsjahren ohne Abzüge (S.12)</p> <p>- Einführung eines „individuellen, vererbaren Altersvorsorgekontos, in dem private und betriebliche Altersvorsorge zusammengefasst werden.“ Das Konto kann bei Berufswechsel mitgenommen werden.</p> <p>- Kriterien für die Förderfähigkeit: praktikable Zweckbestimmung: Auszahlung ab dem 60 Lebensjahr und Nominalwertgarantie der eingezahlten Beiträge.</p>	<p>- „Die gesetzliche Rente wird sich stärker zu einer Basisabsicherung entwickeln.“ (S. 18)</p> <p>- Ziel: Die Menschen müssen sich auch in Zukunft darauf verlassen können, dass ihr Lebensunterhalt im Alter gesichert ist und sie weiter ein selbstbestimmtes Leben führen können.</p> <p>- Langfristig: Rentenversicherung soll zu einer Bürgerversicherung für alle weiterentwickelt werden</p> <p>- ergänzende private Vorsorge in unterschiedlichen Formen soll weiter gefördert werden</p> <p>- Arbeitgeber und Arbeitgeberinnen werden nicht aus der Mitverantwortung für die Finanzierung entlassen</p> <p>- neuer Generationenvertrag mit neuem gesellschaftlichem Umgang mit dem Alter, Ältere sollen mehr als bisher aktiven Teil des ges. Lebens bilden</p> <p>- Voraussetzungen für Zusammenleben von Alt und Jung sollen verbessert werden</p>	<p>- „Die Rentenentwicklung soll im Gleichschritt mit dem Nettolohnzuwachs erfolgen.“ (S.11)</p> <p>- Grundbetrag der Rente von monatlich 800 Euro.</p> <p>- Stärkere Anrechnung von Erziehungs- und Pflegezeiten, aus Steuermitteln finanziert.</p> <p>- Umwandlung der gesetzlichen Rentenversicherung in Erwerbstätigenversicherung: Berücksichtigung aller Einkommen, Beitragsbemessungsgrenze soll „an- und später aufgehoben werden“</p> <p>- Menschen mit höherem Einkommen sollen stärker zur Finanzierung herangezogen werden, „ohne dass ihre Ansprüche in gleichem Maße steigen.“</p> <p>- Dann könnten Beitragssätze sinken. (also: Aufgabe der beitragsabhängigen Höhe der Rente!)</p>

Sozialstaat reformieren

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Gesundheitspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - „Die Krankenkassen erhalten für jeden erwachsenen Versicherten eine Gesundheitsprämie als kostendeckenden Beitrag.“ (S. 26) - „Die Gesundheitsprämie wird erstens gespeist aus der persönlichen Prämie jedes Versicherten. Für Versicherte mit niedrigem Einkommen greift automatisch ein sozialer Ausgleich....Niemand zahlt bei der Einführung der solidarischen Gesundheitsprämie mehr als bisher.“ - „Die Gesundheitsprämie wird zweitens gespeist aus der Arbeitgeberprämie. Dieser Anteil des Arbeitgebers wird festgeschrieben. Er bleibt dauerhaft begrenzt und von der Entwicklung der Krankheitskosten abgekoppelt.“ - „Kinder werden beitragsfrei gestellt; die dafür erforderlichen Beträge werden aus Steuermitteln finanziert.“ - Echter Wettbewerb unter den Kassen mit unterschiedlichen Tarifen entsprechend den Wünschen der Versicherten. Erleichterung des Wechsels zwischen privaten Krankenkassen - Mehr Wettbewerb von Ärzten, Krankenhäusern, Arzneimittelherstellern und Apotheken 	<ul style="list-style-type: none"> - Weiterentwicklung der Krankenversicherung zu einer Bürgerversicherung, in der gesetzliche und private Krankenversicherung nebeneinander Bestand haben (S. 37) - „Das Nebeneinander von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen wird in einem Wettbewerb um die beste Versorgung umgewandelt.“ - „Jede Kasse muss jeden und jede ohne Ansehen des Risikos versichern.“ - „Auch Gutverdienende, Beamte, Selbständige und Politiker werden in die solidarische Krankenversicherung einbezogen.“ - „Es bleibt beim heutigen gesetzlichen Leistungskatalog.“ - „Jeder zahlt entsprechend seiner Leistungsfähigkeit. ... Die Beitragsbemessungsgrenze bleibt bestehen. Künftig werden auch Kapitalerträge zur Finanzierung herangezogen. Freibeträge schonen Durchschnittsersparnissen. Mieten und Pachten bleiben beitragsfrei.“ - Die beitragsfreie Familienversicherung bleibt erhalten. Familienmitglieder ohne Einkommen sind mitversichert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Systemwechsel zu einem privaten Krankenversicherungsschutz mit sozialer Absicherung für alle (S. 10) - Jeder Bürger muss einen Mindestumfang an Leistungen (Regelleistungen) für den Krankheitsfall absichern. Dabei kann er sich für einen Versicherer seiner Wahl entscheiden. Zwischen den Versicherern herrscht Wettbewerb, Altersrückstellungen dürfen bei einem Wechsel des Versicherers nicht verloren gehen. - Jeder Bürger kann den Versicherungsschutz in Hinblick auf Selbstbehalt, Leistungskatalog, Arztwahl u.a. so gestalten wie es seinen Bedürfnissen entspricht. - Jedes Krankenversicherungsunternehmen muss einen bezahlbaren Versicherungsschutz mit Pauschal tariff und Kontrahierungszwang anbieten, der weder nach Alter, Geschlecht, Risiko oder sonstigen Kriterien differenziert.“ - „Der soziale Ausgleich erfolgt...über das an den einheitlichen Kriterien der Leistungsfähigkeit und Bedürftigkeit ausgerichtete Steuer- und Transfersystem.“ - Auch die Pauschalen für Kinder sowie die Kosten in Zusammenhang mit Schwangerschaft und Mutterschaft werden durch die Steuerzahler finanziert. 	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung einer Bürgerversicherung, „in die alle gemäß ihrer tatsächlichen Leistungsfähigkeit einbezahlen...An der Beitragsparität wollen wir festhalten. Beitragsfreiheit gilt auch für EhegattInnen und LebenspartnerInnen, die Kinder erziehen oder Pflegeleistungen erbringen.“ (S. 17) - „Für alle anderen Ehepaare und eingetragene Lebensgemeinschaften wird ein Splitting eingeführt. Dabei wird das Einkommen der Ehe- und Lebenspartner rechnerisch auf beide Personen verteilt.“ - „Grundsätzlich können die PartnerInnen unterschiedliche Krankenversicherer wählen.“ - Abschaffung von Zuzahlungen für BezieherInnen von Sozialgeld und Altersgrundsicherung. - „Für nicht verschreibungspflichtige Arzneimittel sollen bei Bedarf die Kosten wieder übernommen werden können. Das betrifft vor allem Jugendliche und Erwachsene mit schwerwiegenden Krankheiten wie Allergien.“ (S. 16) - Geschlechtsspezifische Ausrichtung von Prävention, Diagnose, Therapie und Rehabilitation. Gesundheitsförderung und Gesundheitserziehung vom frühesten Kindheit an und in Schulen(S. 16) 	<ul style="list-style-type: none"> - Einführung einer „Solidarischen Bürgerversicherung, die alle Berufsgruppen und Einkommensarten in die gesetzliche Krankenversicherung und in die Pflegeversicherung einbezieht.“ (S. 11/12) - „Die Beitragsbemessungsgrenze soll in einem ersten Schritt auf 5.100 Euro angehoben werden.“ (S. 12) - Festhalten an der paritätischen Finanzierung - Die „Einkommensstärkeren“ sollen „nicht in die privaten Kassen ausweichen können“ - Strukturreformen im Gesundheitswesen, „um Effizienz und Qualität zu steigern.“

Sozialstaat reformieren

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Familienpolitik	<ul style="list-style-type: none"> - „Weil wir Zukunft wollen, ist unser Maßstab: Vorrang für Familien und Kinder.“ (S 24) - höhere Bewertung der Erziehungsleistung der Eltern in Sozialversicherungen und Steuerrecht - Erhöhung des Grundfreibetrages auf 8000 Euro, kann auf die Eltern übertragen werden - Rentenversicherung: Kinderbonus von monatlich 50 Euro als Beitragsermäßigung in der Rentenversicherung für ab dem 1.1.2007 neugeborene Kinder - nach der Gesundheitsreform: Alle Kinder werden beitragsfrei versichert, aus Steuermitteln - unionsgeführte Länder werden Ausbau der Kinderbetreuung forcieren - Teilzeit kann mehr Flexibilität bewirken, , aber durchsetzbarer Anspruch kann in kleinen Unternehmen auch Probleme schaffen, deshalb nur dann Anspruch, wenn ein Kind betreut oder ein naher Angehöriger gepflegt wird 	<ul style="list-style-type: none"> - „Wir wollen, dass junge Menschen sich ihre Kinderwünsche erfüllen können.“ (S.30) - Umwandlung des Erziehungsgeldes in ein für ein Jahr gezahltes Elterngeld mit Einkommensersatzfunktion, Festhalten an dreijähriger Elternzeit mit Arbeitsplatzgarantie und Teilzeitanspruch - Ausbau von Quantität und Qualität der Tagesbetreuung, Ausbau hin zum Rechtsanspruch ab dem zweiten Lebensjahr soll bis 2010 erreicht werden - Einrichtung von Eltern-Kind-Zentren, um Eltern bei ihrer Erziehungsaufgabe zu helfen - Ziel: Bündelung aller Leistungen für Familien in einer Familienkasse, Fortentwicklung des Kinderzuschlages - Ziele der „Allianz für die Familie“: Frauen- und familienfreundliche Arbeitsbedingungen, Ausbau betriebsnaher Kinderbetreuung, guter Wiedereinstieg nach der Elternzeit und entsprechende Betriebsvereinbarungen 	<ul style="list-style-type: none"> - „Wir wollen den gesellschaftlichen Freiraum schaffen, in dem Frauen und Männer einen Kinderwunsch realisieren können“ (S.33) - voller Steuer-Grundfreibetrag von 7700 Euro für jedes Kind, Anhebung des Kindergeldes für Familien mit kleinerem Einkommen auf 200 Euro (S. 34) - bedarfsgerechter Ausbau von Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Angebot bereits ab 8 Wochen nach Geburt - aber: keine Rundum-Erziehung von Kindern durch staatliche Institutionen, Eltern tragen Hauptverantwortung - mittelfristig: bundesweiter Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung auch im dritten Lebensjahr - Halbtagskindergarten bzw. KITA-Platz soll ab dem 4. Lebensjahr für die Eltern nach und nach entgeltfrei werden - Flexibilisierung des Arbeitsmarktes: flexibilisierte Vollzeitbeschäftigung im Wechsel mit reinen Familienphasen für beide Elternteile, Arbeitszeitkonten, Telearbeit muss erleichtert und gefördert werden - familienfreundliche Personalpolitik in der Unternehmen 	<ul style="list-style-type: none"> - „Eine lebendige Gesellschaft braucht Kinder und kann es sich nicht leisten, auf viele Mütter im Berufsleben zu verzichten, bloß weil die Angebote zur Kinderbetreuung nicht stimmen.“ (S. 38) - „Familie ist für uns da, wo Kinder sind: in Ehen, bei leiblichen oder nicht-leiblichen Eltern, in Regenbogenfamilien, bei Alleinerziehenden, bei Adoptiv- oder Pflegeeltern.“ - Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Lebensjahr - bedarfsgerechte und qualitativ hochwertige Beratungs- und Unterstützungsangebote für Mütter und Väter 	<ul style="list-style-type: none"> - „Für Väter und Mütter müssen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, Kindererziehung und Beruf vereinbaren zu können.“ (S. 15) - keine Anrechnung des Kindergeldes bei Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, Erhöhung des Kindergeldes auf 250€ - Ganztagsbetreuungsangebote für Kinder jeden Alters, alles gebührenfrei

Bildungspolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Schulen, vorschulische Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - „Wohlstand für alle setzt Bildung voraus. Die Teilhabe aller an Bildung und Ausbildung ist die zwingende Voraussetzung dafür, dass keine Begabung ungenutzt bleibt. ... Alle sollen ihre Leistungskraft und ihre Begabungen entfalten können, damit sich in Deutschland wieder mehr Wachstum, Wohlstand und Innovation entwickeln können.“ (S. 24) - gezielter Ausbau vorschulischer Sprachförderung und von Ganztagsangeboten - gezielte Förderung hochbegabter Kinder und Jugendlicher - Schule muss Beitrag zur Wertorientierung leisten, Fragen nach Gott und verbindlichen ethischen Maßstäben beantworten. - Ort dafür ist der Religionsunterricht in der Verantwortung der Kirchen, 	<ul style="list-style-type: none"> - „Zugang zu guter Bildung unabhängig von sozialer Herkunft. (S. 28), Bildung ist der Schlüssel zu gesellschaftlicher Teilhabe und für das Bestehen im internationalen Wettbewerb - frühkindliche Erziehung muss mehr als bisher ins Zentrum gerückt werden: Fähigkeiten und Talente entwickeln, Kreativität und Entdeckergeist fördern, gemeinsame Bildungsstandards schon im Kindergarten - gezielte Förderung des Spracherwerbs im Vorschulalter, obligatorische Tests und gezielte Förderung - Schulsystem: Ganztagsschulprogramm: bis 2010 4 Mrd. Euro für Einrichtung von 10 000 zusätzlichen Ganztagschulen 	<ul style="list-style-type: none"> - Förderung von Neugierde, Kreativität, Leistungsbereitschaft, Eigeninitiative, Grundverständnis für Marktwirtschaft und Chancen neuer Technologien (S. 23) - Wettbewerb um die beste Ausbildung, einheitliche Qualitätsstandards und Kontrolle durch unabhängige Agenturen - jedes Kind muss beim Eintritt in die Grundschule dem Unterricht folgen können, deshalb verbindliche Sprachtests schon mit Beginn des 4. Lebensjahrs - verbindliches Angebot im Jahr vor dem Schulanfang: Startklasse - möglichst früher möglicher Schuleintritt ab dem vollendeten 5. Lebensjahr. - Grundschulen: Fremdsprachenunterricht ab erstem Schuljahr, math.-naturwiss. Unterricht stärken, Stärkung der Medienkompetenz - flächendeckendes Angebot von Ganztagschulen mit eigenem päd. Konzept - Verkürzung der Regelschulzeit bis zum Abitur auf 12 Jahre 	<ul style="list-style-type: none"> - „Die solidarische Modernisierung unseres Landes ist ohne gerechte Bildungschancen für alle nicht möglich.“ (S. 34) - „Bildung beginnt bei der Kinderbetreuung.“ - Schule der individuellen Förderung nach dem Muster der PISA-Gewinner, dann „können wir das dreigliedrige Schulsystem der frühen Selektion hinter uns lassen.“ - Qualitätsstandards auf allen Ebenen - Erwerb der deutschen Sprache ist entscheidend - Ganztagsschulprogramm war erfolgreich und soll fortgesetzt werden - Lehrausbildung muss verbessert werden, ErzieherInnenausbildung auf Fachhochschulniveau 	<ul style="list-style-type: none"> - „Alle fördern, keinen zurücklassen; individuelle Förderung statt frühzeitige Auslese!“ (S. 14), uneingeschränkter Rechtsanspruch auf Bildung, Erziehung und Betreuung von Anfang an - Zugang für alle zu Kita und Vorschule, langfristige strukturelle Umverteilung der Mittel zugunsten der Vorschul- und Grundschulangebote, Bildungsaufgaben im Kindergarten, Einsatz ausgebildeter Fachkräfte und intensive Sprachförderung - langes gemeinsames Lernen in einer integrativen Gemeinschaftsschule von Klasse 1 bis Klasse 10, ausgewogenes Netz von Ganztagsangeboten, - sozial gleicher Zugang zur gymnasialen Oberstufe

Bildungspolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Hochschulen	<ul style="list-style-type: none"> - besserer Technologietransfer in die Wirtschaft, sonst keine spezifischen Aussagen (S.9f.) 	<ul style="list-style-type: none"> - offener Zugang zu den Hochschulen unabhängig von sozialen oder finanziellen Voraussetzungen (S.29) - deshalb: Erststudium frei von Studiengebühren, Zugang zur Hochschule für besonders qualifizierte Absolventen einer Berufsausbildung ohne Abitur - BAFöG bleibt und wird nicht in Vollدارlehen umgewandelt - Exzellenzinitiative für Spitzenuniversitäten - neues Innovationsprogramm für Hochschulen: Autonomiemodelle, professionelles Management, verlässliche Karrierewege 	<ul style="list-style-type: none"> - „Deutschlands Hochschulen benötigen Autonomie und eine bessere Finanzierung.“ (S. 23) - Hochschulen sollen eigenständiges Profil herausbilden - Möglichkeit zur Erhebung von Studienentgelten, - Hochschulen sollen sich Studenten und Studenten ihre Hochschulen selbst aussuchen können, ZVS abschaffen - Niemand darf aus finanziellen Gründen am Studium gehindert sein, deshalb Möglichkeit der nachlaufenden Bezahlung - Außerdem soll Stipendien- und Darlehenssystem aufgebaut werden 	<ul style="list-style-type: none"> - „Wir wollen, dass die Zahl der HochschulabsolventInnen steigt.“ (S.35) - „An die Hochschule gehört, wer das Zeug dazu hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern.“ Erststudium soll gebührenfrei bleiben - Hochschulen sollen sich ihre Studierenden aussuchen und umgekehrt, mehr Autonomie für Hochschulen (S. 36) - internationale Vergleichbarkeit der Abschlüsse verbessern - demokratische verfasste Hochschule 	<ul style="list-style-type: none"> - dauerhaft sichere Finanzierung (S.14) - sozial gleicher Zugang zum Hochschulstudium - „Keine Studiengebühren!“ - ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtung - Demokratisierung durch verbesserte Mitbestimmung, - großes Maß an Autonomie - Personalstrukturwandel gegen die hierarchische und männerdominierte Verfasstheit der Wissenschaftseinrichtungen
Berufliche Bildung	<ul style="list-style-type: none"> - Fortführung des Ausbildungspaktes (S. 18) - höhere Freiräume bei der Lehrlingsvergütung - Freiwilligkeit und Verantwortungsbewusstsein statt Ausbildungsplatzabgabe 	<ul style="list-style-type: none"> - Fortsetzung des Ausbildungspaktes (S.22) - „Das duale Bildungssystem hat eine Zukunft, wenn es Schritt hält mit der Entwicklung neuer Märkte - Zweite Chance für Jugendliche, die Schule oder Ausbildung abbrechen, Programm „Zweite Chance“, außerdem Möglichkeiten zur Nachqualifizierung für junge Erwachsene ohne Ausbildung - Berufswahlspektrum für Frauen erweitern 	<ul style="list-style-type: none"> - „Flexibilisierung und Deregulierung unseres Berufsbildungssystems unter Beibehaltung der hohen Qualität der dualen Ausbildung.“ (S. 24) - Betriebe müssen mehr Freiheit bei der Schwerpunktsetzung erhalten - Ausbildung in Stufen, zweijährige Berufsausbildung ermöglichen - Modularisierung mit der Möglichkeit, Teilabschlüsse zu erwerben „jede Stufe eröffnet dabei einen Weg ins Berufsleben“ 	<ul style="list-style-type: none"> - Neue Wege, damit künftig mehr Betriebe Jugendliche ausbilden: Prüfung von Umlagesystemen, falls freiwillige Selbstverpflichtungen nicht helfen (S.35) - Chancen durch Qualifikationsbausteine und Abschlüsse auch für diejenigen, die keinen Ausbildungsplatz bekommen - spezialisierte Job-Center mit jugendspezifischen Förderprogrammen 	<ul style="list-style-type: none"> - „Jedem Schulabgänger, jeder Schulabgängerin einen Ausbildungsplatz! Betriebe, die nicht ausbilden - obwohl sie es könnten -, sollen zahlen.“ (S. 14)

Bildungspolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Forschungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - konsequente Förderung von Innovation, „Deutschland soll ein Land der Ideen werden“ (S. 9) - Eröffnung von Entwicklungschancen für die technologischen Spitzenfelder der Zukunft: u.a. Bio- und Gentechnologie, Luft- und Raumfahrt, Informations- und Kommunikationstechnik., Energie und Umwelttechnik, Nanotechnologie. - Erhöhung der jährlichen Investitionen in Forschung und Entwicklung um 1. Mrd. Euro Ziel für 2010: 3% des BIP werden in Forschung und Entwicklung investiert. - Bessere Vernetzung von universitärer und außeruniversitärer Forschung, Management des Technologietransfers mit moderner „Clusterpolitik“ 	<ul style="list-style-type: none"> - solidarische Gemeinschaftsanstrengung für mehr Innovationen - „Diesen Weg der Innovationen haben wir mit dem Regierungswechsel begonnen und die Mittel für Bildung und Forschung stark gesteigert,...“ (S.12) - exzellente und offene Forschungsinfrastruktur, Ausgaben für Forschung und Entwicklung bis 2010 3% des BIP (S.16) - „Partner für Innovation“ wird fortgesetzt, weitere Leuchtturmprojekte - Nutzung der technologischen Stärken für Zukunftsmärkte: Kommunikation und Mobilität, Energie, Gesundheit, Umwelt und Nachhaltigkeit, Sicherheit, Bauen und Wohnen - „Unser Land braucht bei Spitzentechnologien Mut zu den Chancen statt Zögern vor den Risiken“ - Neues Denken: mehr Forschung ohne Fesseln, aber nicht ohne Grenzen. 	<ul style="list-style-type: none"> - „Deutschland gibt im internationalen Vergleich zu wenig für Forschung und Entwicklung aus. Bis 2010 sollen 3% des BIP in Forschung und Entwicklung investiert werden.“ (S. 26) - Wissenschaftstarifvertrag: verlässliche Finanzausstattung, Entlastung von administrativen Aufgaben, Sicherheit, Ergebnisse schnell in Produkte umsetzen zu können - Freiheit der Forschung im Dienst des Menschen, deshalb Änderung der Stammzellengesetzgebung: Zulassung des therapeutischen Klonens unter strengen Auflagen - Rahmenbedingungen für pharmazeutische Forschung müssen verbessert werden, keine Regulierung, die über europäische Vorgaben hinausgeht - Grüne Gentechnik: Änderung des Gentechnikgesetzes, um Wertschöpfung aus Forschungsergebnissen und weitere Forschung in Deutschland zu ermöglichen - Energieforschung darf nicht an Ideologien ausgerichtet werden, sondern an Energieeffizienz und sparsamen Umgang mit knappen Ressourcen 	<ul style="list-style-type: none"> - leistungsorientierter Wissenschaftstarifvertrag - Anteil von Forschung und Entwicklung am BIP auf 3% steigern - starke und unabhängige Grundlagenforschung an den Universitäten - Themen: Erneuerbare Energien, nachwachsende Rohstoffe, Geschlechterforschung, Friedensforschung - Innovative Felder sind auch: Nano-, Kommunikations-, Informationstechn. und „unbedenkliche“ Formen der Biotechnologie - Forschung braucht Verantwortung - deshalb sozial-, geistes-, kulturwiss. Forschung zur Folgenabschätzung. - ethische Maßstäbe in der Forschung: Die moderne Biomedizin hat große Potenziale, aber auch klare Grenzen, biomedizinische Forschung muss sich an den Problemen der Patienten orientieren, nicht an technischen Ansätzen. 	<ul style="list-style-type: none"> - mehr investieren in Wissenschaft und Forschung für zukunftsfähige Technologien und Produkte, die Arbeitsplätze schaffen (S.9) - In Ostdeutschland: Wissenschaftsausbaue als Standortpolitik mit verstärkter Bundesförderung - Verbesserung des Technologietransfers zwischen Hochschulen, außeruniversitären Forschungseinrichtungen und Unternehmen.

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Innere Sicherheit	<ul style="list-style-type: none"> - „Der Schutz von Leib, Leben und Eigentum ist die ureigenste Aufgabe des Staates. Null Toleranz für Kriminalität und Vandalismus.“(S.31) - Zum Schutz vor organisierter Kriminalität und Terrorismus reichen die derzeitigen Gesetze und Organisationsformen nicht aus, Gesetzeslücken müssen geschlossen werden - Maßnahmen: gemeinsames Informations- und Analysezentrum, gemeinsame Dateien von Polizei und Nachrichtendiensten, Visa-Warndatei, verbesserte Erhebung und Speicherung von Telekommunikationsdaten, schärfere Sicherungsmaßnahmen zum Schutz vor dringend terrorverdächtigen Ausländern, ausländische Straftäter konsequent abschieben. - DNA-Analyse muss zum Fingerabdruck des 21. Jahrhunderts werden. - Einsatz der Bundeswehr zur Abwehr terroristischer Gefahren soll zugelassen werden. - Freier von Zwangsprostituierten sollen bestraft werden. - konsequentes Vorgehen gegen Kinder- und Jugendkriminalität, Verschärfung der Strafbestimmungen (S.32) 	<ul style="list-style-type: none"> - Sicherheit für alle – „nicht nur für die, die sich einen privaten Sicherheitsdienst leisten können“ (S.34) - „Die terroristischen Gefahren .. vergessen wir nicht.“ (S.34) Reaktion auf internationalen Terrorismus mit entsprechenden Gesetzen, möglichst präventiv, wo nötig repressiv - Stärkung der Steuerungs- und Koordinierungskompetenz des Bundes bei Großkatastrophen und Terrorismusbekämpfung - europaweiter Datenaustausch von Polizei und Justiz - Entwicklung wirkungsvoller Bekämpfungsinstrumente gegen „neue Kriminalität“ (Internet, E-Commerce, Geldwäsche, Kreditkartenbetrug) - jugendspezifische Kriminalität (Rohheitsdelikte, Graffitidelikte, Drogen- und Alkoholmissbrauch) wird durch gesetzliche Maßnahmen bekämpft, Prävention ist unverzichtbar: Anti-Gewalt-Politik in Medien und Schulen - konsequentes Vorgehen gegen rechtsextreme Straf- und Gewalttäter - Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, konsequente Täterbestrafung 	<ul style="list-style-type: none"> - Rechtsordnung muss durchgesetzt werden, Staat muss über geeignete Mittel zur Kriminalitätsbekämpfung verfügen, darf aber nicht alles (S. 29-32) - Innere Sicherheit kann nur mit dem Rechtsstaat verteidigt werden, nicht gegen ihn - Forderung: grundlegende Überprüfung aller staatlichen Überwachungsmaßnahmen - hohe Anforderungen des Bundesverfassungsgerichts an großen Lauschangriff befolgen - Telefonüberwachungen kritisch überprüfen, parlamentarische Kontrolle und Benachrichtigung muss sichergestellt werden - Wiederherstellung des Bankgeheimnisses - Weiterentwicklung des Datenschutzes, kein „gläserner Kunde“ - keine „verdachtsunabhängige massenhafte Vorratsdatenspeicherung“ (S. 30) - verantwortungsvoller Umgang mit DNA-Analysen, nur bei schweren Verbrechen, Richtervorbehalt, keine Gleichstellung mit dem Fingerabdruck - Reisepässe mit digitalisiertem Lichtbild sind sinnvoll, weitere biometrische Daten nicht - kein regulärer Einsatz der Bundeswehr im Inneren 	<ul style="list-style-type: none"> - „Es ist Aufgabe des Staates, die Bürgerinnen und Bürger vor Terroranschlägen, Kriminalität und Gewalt zu schützen. (S.45) - Besonnen auf die Bedrohung reagieren und gleichzeitig Grund- und Menschenrechte achten. - Terrorismusbekämpfungsgesetze: „Mit der Befristung der Gesetze, rechtsstaatlichen Hürden und der Stärkung der parlamentarischen Kontrolle bei deren Anwendung ... haben wir in entscheidenden Bereichen dafür gesorgt, die Anwendung zu begrenzen und im Zweifelsfall auch wieder rückgängig machen zu können.“ - Wo es notwendig ist: neue technische Möglichkeiten nutzen, bei Schutz der Privatsphäre - strikte Trennung von Polizei und Nachrichtendiensten, föderale Struktur der Sicherheitsbehörden hat sich bewährt, „Aufrüstung“ der inneren Sicherheit wird abgelehnt - Stärkerer Kampf gegen Wirtschaftskriminalität; Einführung eines Korruptionsregisters - Ablehnung des großen Lauschangriffs, neues Konzept zur Reform der überhand nehmenden Telefonüberwachungen - keine zentrale Referenzdatei für biometrische Daten 	<ul style="list-style-type: none"> - öffentliche Sicherheit basiert auf innerem Frieden, gesellschaftlichem Ausgleich, sozialer Gerechtigkeit (S.21) - keine Einschränkung der Grund- und Freiheitsrechte, kein großer Lauschangriff - für Trennung von Polizei und Geheimdiensten - Forderung: keine neuen Gesetze, sondern effektive Anwendung der bestehenden - Anti-Terror-Gesetze haben nicht zu mehr Sicherheit, sondern zu Ressentiments und Generalverdacht gegen Muslime geführt - konsequente strafrechtliche Verfolgung von Volksverhetzung und rechtsradikalen Gewalttaten

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Zuwanderung	<ul style="list-style-type: none"> - Es gibt Integrationsprobleme bei bestimmten Zuwanderern aus fremden Kulturkreisen: Weit überdurchschnittliche Arbeitslosenquoten, fehlende Schulabschlüsse, Ghettobildung und Parallelgesellschaften. - „Das Zuwanderungsgesetz alleine kann die strukturellen Integrationsdefizite nicht beheben.“ (S.34) - Begrenzung der Zuwanderung auf Mangelberufe und Ausländer, die Spitzenleistungen in Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur erbringen können - Ziel: Integration in die Gesellschaft auf der Grundlage unserer Kultur und Rechtsordnung. - Teilnahme an Integrationskursen wird eingefordert, nachziehende Ehegatten sollen bereits in den Herkunftsländern ausreichend deutsch lernen, Nachzugsalter für Kinder wird gesenkt, um Schulbesuch in Deutschland zu ermöglichen - Nötigung zur Zwangsheirat wird ein eigener Straftatbestand. 	<ul style="list-style-type: none"> - „Deutschland ist seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland.“ (S.32) - Fortsetzung des Weges der „Steuerung, Begrenzung und Integration von Zuwanderung“ - Ziel ist die Einbürgerung - Sprachförderung ab dem frühen Kindesalter, später dann Hilfe beim Übergang ins Berufsleben - Islamischer Religionsunterricht von in Deutschland ausgebildeten Lehrern in deutscher Sprache - gesellschaftliche und berufliche Integration ausländischer Frauen soll verstärkt werden - Zwangsheirat als expliziter Straftatbestand 	<ul style="list-style-type: none"> - „Deutschland ist und bleibt ein Einwanderungsland.“ (S.38) - Integration der bereits hier lebenden Ausländer und Spätaussiedler ist entscheidend: nach dem neuen Zuwanderungsgesetz haben diese aber keinen Anspruch auf Integrationskurse, Angebote müssen verbessert werden - Forderung: Altfallregelung für Jugendliche, die durch Schulbesuch in Deutschland bereits gut integriert sind - Integrationsprobleme müssen offen benannt werden: Bildung von Ghettos und Parallelgesellschaften, Kriminalität und Intoleranz dürfen nicht übersehen werden - kulturelles Miteinander auf der Basis von universellen Werten, die in unserer Verfassung verankert sind. - „Wir sind gegen jede Toleranz gegenüber der Intoleranz.“ (S. 39) - Religionsfreiheit darf nicht als Vorwand für Gewalt gegen Frauen oder Hasspredigten gelten - Zwangsheirat: ist eine Menschenrechtsverletzung und muss deutlich und öffentlich als solche geächtet werden. Gleiches gilt für die sog. „Ehrenmorde“, die keineswegs bagatellisiert werden dürfen. 	<ul style="list-style-type: none"> - „Die multikulturelle Gesellschaft ist Realität, die wir demokratisch gestalten wollen.“(S.44) - Weg von der Ausländer- und Aussiedlerpolitik, hin zur Integrationspolitik - Ziel: aktive Einwanderungspolitik mit innovativem Punktesystem - frühe sprachliche Integration der Kinder ist Schlüsselaufgabe - Bildungssystem muss besser auf Migration eingestellt sein - wichtig: Gleichberechtigung von Mädchen und Frauen, Teilnahme am gesamten schulischen Leben für Mädchen - Anerkennung gleicher und gemeinsamer Regeln des Zusammenlebens. - Ziel: Neue Bleiberechtsregelungen, Kinder von Flüchtlingen müssen Anspruch auf Arbeitserlaubnis haben - menschlichere Gestaltung des Asylrechts - Angebote zur Legalisierung des Status, Orientierung an Spanien, Frankreich, USA 	<ul style="list-style-type: none"> - „Die Bundesrepublik Deutschland ist ein Einwanderungsland - gleiche Rechte für alle“ (S.22) - Perspektive eines legalen Aufenthalts für „illegalisiert“ hier lebende Ausländer. - EU-weite Harmonisierung der Asyl- und Migrationspolitik auf der Basis menschenrechtlicher Standards - „Menschen, die zu uns kommen, brauchen rechtliche Gleichstellung, demokratischen Einwanderungs- und Niederlassungsrechts.“ - Investitionen in Sprachförderung, in kulturelle Einrichtungen, konkrete Integrationshilfen und Sozialarbeit - Alle Menschen mit Lebensmittelpunkt in Deutschland müssen gleiche pol., soz. und kulturelle Rechte erhalten.

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Bürokratieabbau	<ul style="list-style-type: none"> - „Wir führen die Gängelung der wirtschaftlichen Betätigung durch Rechtsvorgaben des Bundes zurück und entlasten unsere Wirtschaft von Bürokratiekosten.“ (S.10) - Aufwendungen der Unternehmen für die Erfüllung bürokratischer Pflichten: 46 Mrd. Euro - Abbau überzogener bundesrechtlicher Standards, Verpflichtung zur Bestellung von Beauftragten, Dokumentationspflichten - Abschaffung des Verbandsklagerechts bei Planungsverfahren, sofern nicht europarechtlich vorgegeben - bürokratische EU-Regelungen auf wirklich unumgängliche Regelungen beschränken, neue EU-Vorschriften erst nach Folgenabschätzung 	<ul style="list-style-type: none"> - „Das Planungsrecht muss wirksam gestrafft werden, damit Wachstumsimpulse schneller umgesetzt werden.“ (S. 25) 	<ul style="list-style-type: none"> - Weniger, aber dafür bessere Gesetze (S.31) - 90000 Einzelschriften sind zu viel, Für die Wirtschaft entstehen jedes Jahr Bürokratiekosten in Höhe von 46 Mrd. €. (S.15) - Für Gesetze sollen mögliche Befristung geprüft werden, nach 5 Jahren feststellen, ob Fortbestand notwendig - Bürokratiekostenabschätzung schon im Gesetzgebungsverfahren (Bürokratiekosten-TÜV) - Anzeigeverfahren soll grundsätzlich Vorzug vor Genehmigungsverfahren erhalten, wenn Behörde keinen Bescheid erteilt, gilt Antrag als genehmigt - befristete Aussetzung von Regelungen in Modellregionen (S. 16) 	<ul style="list-style-type: none"> - „Neue Gesetze sollen ständig auf ihre Wirkung und Brauchbarkeit überprüft werden und nach Möglichkeit zeitlich befristet werden.“ (S.11) - Abbau von bürokratischen Hürden und Kammerzwängen - Modernisierung des Gesellschaftsrechts, neue Unternehmensformen, mehr Tempo für Gründerinnen und Gründer - „Gleichzeitig muss jedoch sichergestellt bleiben, dass klare rechtliche Rahmenbedingungen ein solides Fundament für Unternehmen bilden.“ - Bürokratieabbau ist kein Selbstzweck: gilt besonders beim Umweltrecht 	<ul style="list-style-type: none"> - keine Aussagen
Direkte Demokratie	<ul style="list-style-type: none"> - keine spezifischen Aussagen 	<ul style="list-style-type: none"> - „Wir brauchen mehr direkte Demokratie und damit den Volksentscheid.“ (S. 11) 	<ul style="list-style-type: none"> - vom Parteienstaat zum Bürgerstaat, größere Teilhabe - „Mehr direkte Demokratie soll die repräsentative Demokratie nicht ersetzen, sondern bereichern.“ (S. 39) - Entscheidungen von grundlegender Bedeutung müsse vom Volk getroffen werden, dazu gehört z.B. die Europäische Verfassung - Mehr Bürgerentscheide, - begehren und -befragungen auf Landes- und Bundesebene 	<ul style="list-style-type: none"> - „Demokratie lebt von der aktiven Einmischung der Bürgerinnen und Bürger.“ (S.48) - „Durch die Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren und Volksentscheiden auf Bundesebene wollen wir - bei Gewährleistung der Grundrechte und des Minderheitenschutzes - die direkte Beteiligung ausbauen.“ - Volksentscheid auf europäischer Ebene 	<ul style="list-style-type: none"> - „Weg von der Zuschauerdemokratie hin zu einer Kultur der Beteiligung und des Dialogs.“ (S. 20) - Einführung von Volksinitiativen, Volksbegehren, Volksentscheiden auf Bundesebene - Über europäischen Verfassungsvertrag soll das Volk direkt entscheiden

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Europa	<ul style="list-style-type: none"> - verloren gegangenes Vertrauen in Europa soll zurück gewonnen werden. (S. 35) - Kompetenzen sollen in die Mitgliedsstaaten, Regionen und Kommunen zurückgeholt werden, Subsidiaritätsprinzip muss Maßstab sein. - Verfassungsvertrag: Einsatz für die Fortschritte, die er enthält. - Strikte Auslegung des Stabilitätspaktes - Haushalt der EU muss sparsamer werden, „eingeschränkte Leistungsfähigkeit Deutschlands“ muss berücksichtigt werden - Stärkung der deutsch-französischen Zusammenarbeit unter Einbindung der anderen EU-Partner, Vermeidung von „Gesten der Bevormundung und Dominanz“. - Aufnahme nur für beitriffsreife Länder, - Bulgarien und Rumänien: Kriterien strikt einhalten, - Kroatien: Beginn der Beitrittsverhandlungen, wenn volle Zusammenarbeit mit internationalem Strafgerichtshof - Türkei: privilegierte Partnerschaft, Vollmitgliedschaft überfordert Integrationsfähigkeit 	<ul style="list-style-type: none"> - „für ein bürgernahes, soziales und starkes Europa“ - klare und begrenzte Kompetenzen (S. 40) - das europäische Gesellschafts- und Sozialmodell soll erhalten werden - Vereinbarung eines Verfassungsvertrages als Grundlage der zukünftigen Arbeit in Europa bleibt Ziel - Forderung: EU braucht erfolgreiche Strategie für mehr Wachstum, Beschäftigung und sozialen Zusammenhalt - Stabilitätspakt: Bekenntnis zur „Modernisierung des Stabilitäts- und Wachstumspaktes“ - Erweiterung: Alle Verträge und Zusagen in Sachen Erweiterung müssen eingehalten werden - Bulgarien und Rumänien: Kein Wortbruch, Verträge dürfen nicht in Frage gestellt werden - Türkei: Nach Erfüllung der Voraussetzungen sollen am 3.10. 2005 die Beitrittsverhandlungen beginnen - Handlungsfähigkeit Europas in Sachen Frieden und Sicherheit muss weiter ausgebaut werden 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Bundesregierung hat Europa in alt und neu, groß und klein gespalten. FDP steht für europäische Einbindung und Berechenbarkeit Deutschlands. (S. 44-46) - starke, handlungsfähige und politisch integrierte EU, langfristiges Ziel: föderales Europa - keine unkontrollierte Ausweitung der Zuständigkeiten, statt dessen bessere Erfüllung der Kernaufgaben: gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, Vollendung des Binnenmarktes, stabile Währung, Liberalisierung des Welthandels, Forcierung von Forschung und Innovation - klare Zuständigkeiten, Einhaltung des Subsidiaritätsprinzips - Stärkung des Europ. Parlaments - Entschlackung des Verfassungsvertrages, Volksabstimmung - strikte Haushaltsdisziplin, Geldwertstabilität soll in Verfassung - globale Wettbewerbsfähigkeit durch Forschungsausgaben in Höhe von 3% des BIP - Bulgarien und Rumänien: Unterstützung bei Erfüllung aller Bedingungen bis zum Beitritt lt. Vertrag - Türkei: ergebnisoffene Verhandlungen, - Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik mutig weiterentwickeln - Nachbarschaft: Schaffung eines Raums gemeinsamer Werte durch wirt. Integration 	<ul style="list-style-type: none"> - Ziel: solidarisches und ökologisches Europa, mehr Demokratie und Transparenz (S. 57) - „Europa ist mehr als ein gemeinsamer Markt“ - „Eine gemeinsame Verfassung Europas bleibt unser ausdrückliches Ziel“ - Ziel: europaweite Volksabstimmung 2007 - innereuropäischer Wettbewerb darf nicht zu Steuer-, Sozial- und Ökodumping führen, Forderung: gemeinsame Steuerbemessungsgrundlagen und „Steuerkorridor“ - Haushalt: Deutschland soll angemessenen Beitrag leisten, aber Reformen notwendig - gegen die Europäische Dienstleistungsrichtlinie, aber für völlige Freizügigkeit in Europa - Stärkung des Europäischen Parlaments - Weitgehende Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik - Türkei: „Wir wollen mit dem Beginn langjähriger Beitrittsverhandlungen den Weg der demokratischen Modernisierung in der Türkei weiter fördern.“ - Europa endet nicht an den Grenzen der EU, nachbarschaftliche Beziehungen zu Nichtmitgliedsstaaten sollen intensiviert werden 	<ul style="list-style-type: none"> - JA zu einer sich wandelnden Europäischen Union - „Im Zentrum darf nicht länger allein der Markt, sondern müssen Existenzsichernde Arbeitsplätze und soziale Sicherheit stehen.“ - „Der Binnenmarkt muss vielmehr über die Harmonisierung der sozialen und ökologischen Standards sowie der Löhne und Steuern auf möglichst hohem Niveau geschaffen werden.“ - Die Finanzmittel zur Entwicklung aller Regionen müssen bereitgestellt werden - Ergänzung der Währungsunion durch eine „Wirtschafts-, Beschäftigungs- Sozial- und Umweltunion“ - Institutionen sollen demokratisch, transparent, bürgernah sein - Das Europäische Parlament soll Recht zur Gesetzesinitiative und freie Wahl des Kommissionspräsidenten erhalten

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Sicherheitspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Rot-Grün hat deutsche Bündnisfähigkeit systematisch ausgehöhlt - „Die NATO ist und bleibt für uns das wichtigste Sicherheitsnetz für Deutschland.“ 8S. 37) - Instrumentarien der UNO müssen gestärkt werden. - Bundeswehr: Heimatschutz und Landesverteidigung dürfen nicht zugunsten von Auslandsmissionen vernachlässigt werden, muss in Deutschland in der Fläche präsent sein. - Klares Bekenntnis zu einer „weiterentwickelten, gerechten Wehrpflicht.“ - Dienstleistung soll auch im Katastrophenschutz möglich sein, weil dies der Verschränkung der inneren und äußeren Sicherheit diene - Einbindung Russlands in die euroatlantischen Strukturen 	<ul style="list-style-type: none"> - Verantwortung soll Seite an Seite mit Partnern in NATO und EU übernommen werden. (S. 41) - Gemeinsame europ. Strategie „Ein sicheres Europa in einer besseren Welt“ ist verbindliche Richtschnur - Fähigkeiten zur „vorausschauenden Friedenspolitik, zur Konfliktprävention, Krisenbewältigung und Friedenskonsolidierung“ werden weiter ausgebaut - Unterstützung des Multilateralismus, UNO soll durch Reformen stärker gemacht werden, Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat wird angestrebt - Bundeswehr: Ausrichtung an den Aufgaben der internationalen Krisenbewältigung, dieser Kurs soll fortgesetzt werden - Konsequente Trennung von Streitkräften und Polizei (S.42) 	<ul style="list-style-type: none"> - NATO soll wichtigstes Bündnis in Europa und Nordamerika bleiben (S.50) - Stärkung der EU, europ. Sicherheits- und Verteidigungspolitik - Reform der UNO (S.47, 48), muss in Zukunft Interventionen ermöglichen, „wenn ein Staat nicht in der Lage oder willens ist, seine Bürger vor Gewalt und Menschenrechtsverletzungen zu schützen.“ - Androhung und Einsatz militärischer Mittel darf nur allerletztes Mittel sein - deutscher Sitz im Sicherheitsrat ist nur zweitbeste Lösung, besser: Europäischer Sitz - Bundeswehr muss weiter umstrukturiert werden zu effektiver Krisenreaktion und Krisenmanagement - Wehrpflicht ist nicht mehr zu rechtfertigen - Ablehnung der Aufhebung des Waffenembargos gegen China, solange Menschenrechtslage nicht verbessert und Spannungen mit Taiwan nicht abgebaut 	<ul style="list-style-type: none"> - Präventivkriege und kulturelle Konfrontation sind der falsche Weg zu mehr Sicherheit (S. 52) - umfassende UN-Reform, Ziel: gemeinsamer Sitz der EU im Sicherheitsrat - weniger Rüstung bedeutet mehr Sicherheit - Betonung von ziviler Konfliktbearbeitung, kooperativer Entwicklung, Bekämpfung der Armut, Erhalt der Umwelt - geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik - für effektiven Multilateralismus, gegen Alleingänge und Aushöhlung internationalen Rechts - „Umbau des Bundes für internationale Krisenbewältigung war überfällig“ - Abschaffung der Wehrpflicht, statt dessen freiwilliger flexibler Kurzdienst - Ablehnung der Aufhebung des Waffenembargos gegen China - atomwaffenfreies Europa 	<ul style="list-style-type: none"> - „Rüstung schafft keine Sicherheit.“ (S. 26) - „Unsere Freiheit wird nicht am Hindukusch verteidigt.“ - Abrüstung, auch einseitige Schritte, eine starke UNO und ein friedensorientiertes Europa trage zur Sicherheit bei - Abschaffung der Wehrpflicht, Reduzierung der Personalstärke der Bundeswehr auf 100 000 - Ablehnung der Aufstellung europäischer Interventionsstreitkräfte

Innenpolitik

	CDU/CSU	SPD	FDP	Bündnis 90/Die Grünen	PDS/Linkspartei
Transatl. Bez	<ul style="list-style-type: none"> - Europäische Einigung und transatlantische Partnerschaft sind kein Gegensatz (S. 37) - Wiederbelebung der transatlantischen Partnerschaft - bei Meinungsverschiedenheiten: statt polemischer Beschimpfungen: partnerschaftlicher Dialog 	<ul style="list-style-type: none"> - nur implizit im allgemeinen Bekenntnis zur NATO 	<ul style="list-style-type: none"> - Partnerschaft mit den USA ist Grundkonstante dt. Außenpolitik, muss unabhängig von Regierung gelten (S. 47) - transatlantische Beziehung sollen wieder von gegenseitigem Verständnis und Vertrauen geprägt sein, so dass auch kontroverse Themen diskutiert werden können 	<ul style="list-style-type: none"> - „Die transatlantische Zusammenarbeit bleibt ein Eckpfeiler deutscher Außenpolitik“ - aktive Beteiligung an Entwicklung einer neuen transatlantischen Agenda 	<ul style="list-style-type: none"> - „Mehr Sicherheit ist dadurch zu erreichen, dass man sich der Vereinnahmung durch die USA entzieht.“ (S. 26) - „Unsere Partei fordert den Bundestag auf, von den USA zu verlangen, ihre Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen.“
Globalisierung/Entwicklungspolitik	<ul style="list-style-type: none"> - Globalisierung: sich verschärfende Entwicklungsprobleme gefährden Frieden und Wohlstand in Deutschland und Europa (S. 38) - drei Säulen der Entwicklungspolitik: Verantwortung für die Armen und die Schöpfung, Abwehr globaler Gefahren, Stärkung unserer strategischen Partnerschaften - Entwicklungspolitik muss sowohl den Interessen der Empfängerländer als auch denen Deutschlands gerecht werden. - Konzentration auf bestimmte Länder und „Schlüssel-sektoren“ - Bekenntnis zum Ziel 0,7% des BIP für Entwicklungshilfe (S.38) 	<ul style="list-style-type: none"> - „gerechte internationale Finanzarchitektur“, weltweiter Kampf gegen Steuerhinterziehung, Regulierung der Offshore-Finanzzentren (S.39) - Erhaltung des eigenständigen Ministeriums für Wirtsch. Zus. und Entwicklung - Erreichen von 0,7% des BIP für Entwicklungszusammenarbeit im Jahr 2015 (S. 42) - Entschuldung der ärmsten Länder, - In der Welthandelsorganisation (WTO) Einsatz für gerechte Welt-handelsbeziehungen, Ende der Agrarexportsubventionen - weltweiter Einsatz für Menschenrechte, auch im Interesse Deutschlands 	<ul style="list-style-type: none"> - Globalisierung ist in erster Linie eine Chance. Abschottung führt zu enormen Wohlstandsverlusten (S.49), - Voraussetzung für den Abbau der Armut: ungehinderter Warenaustausch zwischen Nord und Süd, aber auch innerhalb des Südens, WTO muss gestärkt werden - Entwicklungspolitik neu ausrichten: Qualität statt Quantität, Orientierung an Menschenrechten, Marktwirtschaft und Rechtsstaatlichkeit, Mittelkonzentration auf Ärmste der Armen - Bei Ländern, die Armutsbekämpfung selbst leisten können (z.B. China, Indien) muss die Zusammenarbeit neu ausgerichtet werden - Afrika: Eigenverantwortung afrikanischer. Länder und Institutionen stärken - Bekämpfung von HIV/AIDS hat Priorität 	<ul style="list-style-type: none"> - „Globalisierung darf kein Prozess schrankenloser Ökonomisierung sein und braucht soziale und ökologische Leitplanken.“ (S. 52) - Umsetzung der Millenniumsziele - Reform von Welthandels-Organisation, Internationalen Währungsfonds, Weltbank, mehr Gewicht für Entwicklungsländer - Entwicklungsländer sollen fairen Zugang zu unseren Märkten bekommen, auf Schutzinteressen Schwächerer soll Rücksicht genommen werden - ökologisch schädliche und ökonomisch unsinnige Agrarsubventionen abbauen, Export von subventioniertem Zucker einstellen - Unterstützung soz. und ök. Mindeststandards, Menschenrecht auf Ernährung - Einbeziehung der Geschlechterperspektive in die Entwicklungspolitik 	<ul style="list-style-type: none"> - Die Europäische Union muss ihre Handelspolitik ändern und die unbeschränkte Ausweitung des Dienstleistungsabkommens GATS ablehnen. (S.27) - globale soziale und ökologische Standards, gegen „neoliberale Globalisierung“ - Entwicklungshilfe 0,7% des BIP (S. 28) - gerechtere Wirtschaftsbeziehungen zwischen Nord und Süd - umfassende Demokratisierung der internationalen Organisationen